

Stand: 10.02.2026 03:26:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14088

"Haushaltsplan 2017/2018 hier: Bayerische Akademie für Fernsehen (Kap. 07 08 Tit. 686 02)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14088 vom 09.11.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14643 des HA vom 23.11.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 91 vom 14.12.2016 (EPL 7)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter, Erwin Huber, Markus Blume, Klaus Stöttner, Dr. Otmar Bernhard, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Petra Dettenhöfer, Wolfgang Fackler, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Sandro Kirchner, Harald Kühn, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

Haushaltsplan 2017/2018
hier: Bayerische Akademie für Fernsehen
(Kap. 07 08 Tit. 686 02)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 07 08 Tit. 686 02 wird der Ansatz für das Jahr 2017 um 100,0 Tsd. Euro von 414,8 Tsd. Euro auf 514,8 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Die Bayerische Akademie für Fernsehen e.V. (BAF) hat in den letzten zwei Jahrzehnten ihre satzungsgemäße Aufgabe auf hohem Qualitätsniveau wahrgenommen und mehr als 1.500 hochqualifizierte Fachkräfte für den heimischen Medienstandort ausgebildet. Aktuell steht die Akademie jedoch vor den Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts. Das Fernseh- und Medienmetier muss sich Innovationen in dem sich rasant entwickelnden Umfeld der neuen digitalen Medien und des Bewegtbild-Markts anpassen. Dabei ist die technische Ausstattung der BAF ein wesentlicher Baustein für den Erfolg des Ausbildungskonzepts, für die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit der Ausbildung. Um weiterhin eine praktische Ausbildung auf hohem Niveau zu garantieren, müssen Gerätschaften, insbesondere IT-Technik undameratechnik, auf den neuesten Stand gebracht werden. Ergänzend zu der aus der Bayerischen Medienförderung geleisteten institutionellen Förderung und regelmäßig geleisteten Sonderförderungen zur Ausstattung mit digitaler Produktionstechnik benötigt die BAF daher einmalig für verschiedene, in sich abgeschlossene Innovations- und Digitalisierungsprojekte zusätzliche Mittel.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Haushaltsplan 2017/2018;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums für Wirtschaft und
Medien, Energie und Technologie**

Berichtersteller: **Klaus Stöttner**
Mitberichtersteller: **Günther Knoblauch**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 63 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur Förderung neuer Technologien
und ihrer wirtschaftlichen Verwertung) werden
die Ansätze
in 2017

von	2.300.000,00 Euro
um	300.000,00 Euro
auf	2.600.000,00 Euro

und in 2018

von	2.300.000,00 Euro
um	700.000,00 Euro
auf	3.000.000,00 Euro

erhöht.

Die Verpflichtungsermächtigung wird in 2017

von	1.400.000,00 Euro
um	700.000,00 Euro
auf	2.100.000,00 Euro

erhöht.

2. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 69 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur angewandten Forschung im
Bereich Informations- und Kommunikations-
technologien) wird der Ansatz
in 2017

von	8.429.300,00 Euro
um	900.000,00 Euro
auf	9.329.300,00 Euro

erhöht.

3. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförde-
rung) Tit. 686 78 (Zuschüsse und sonstige
Ausgaben zur Förderung der Kultur und Krea-
tivwirtschaft) wird der
Ansatz
in 2017

von	1.882.300,00 Euro
um	30.000,00 Euro
auf	1.912.300,00 Euro

erhöht.

4. Bei Kap. 07 04 (Regionale und strukturelle
Wirtschaftsförderung) Tit. 686 78 (Zuschüsse
und sonstige Ausgaben zur Tourismuswer-
bung und für Maßnahmen zur Förderung des
Tourismus) wird der Ansatz
in 2017

von	12.000.000,00 Euro
um	100.000,00 Euro
auf	12.100.000,00 Euro

erhöht.

5. Bei Kap. 07 04 Tit. 883 78 (Zuschüsse an
Gemeinden und Gemeindeverbände)
wird der Ansatz
in 2017

von	6.894.400,00 Euro
um	500.000,00 Euro
auf	7.394.400,00 Euro

erhöht.

6. Bei Kap. 07 04 Tit. 892 78 (Zuschüsse an private Unternehmen) wird der Ansatz in 2017

von	14.633.300,00 Euro
um	500.000,00 Euro
auf	15.133.300,00 Euro

erhöht.

7. Bei Kap. 07 06 (Bayerische Filmförderung) Tit. 683 01 (Zuschüsse zu filmischen Veranstaltungen u. Ä.) wird der Ansatz in 2017

von	664.900,00 Euro
um	220.000,00 Euro
auf	884.900,00 Euro

erhöht.

8. Bei Kap. 07 08 (Bayerische Medienförderung) Tit. 683 01 (Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern) werden die Ansätze in 2017

von	10.000.000,00 Euro
um	2.500.000,00 Euro
auf	12.500.000,00 Euro

und in 2018

von	10.000.000,00 Euro
um	4.000.000,00 Euro
auf	14.000.000,00 Euro

erhöht.

Die Erläuterungen zu Kap. 07 08 Tit. 683 01 werden um folgenden Satz ergänzt:

„Die zusätzlichen Mittel sind vorgesehen zur Förderung der Umstellung auf die HD-Technik im Rahmen der Herstellung und Verbreitung lokaler und regionaler Fernsehangebote.“

9. Bei Kap. 07 08 Tit. 686 02 (Zuschuss an die Bayerische Akademie für Fernsehen e. V.) wird der Ansatz in 2017

von	414.800,00 Euro
um	100.000,00 Euro
auf	514.800,00 Euro

erhöht.

10. Bei Kap. 07 08 Tit. 686 55 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben für das Mediennetzwerk Bayern) wird der Ansatz in 2017

von	220.000,00 Euro
um	400.000,00 Euro
auf	620.000,00 Euro

erhöht.

Die Zweckbestimmung wird wie folgt gefasst:

„Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Stärkung und Vernetzung des Medienstandorts.“

Die Erläuterungen zu 07 08 Tit. 686 55 werden wie folgt gefasst:

„Der Freistaat Bayern fördert Projekte von Medieneinrichtungen und –unternehmen, damit diese ihre Positionen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken und sich erfolgreich den medialen Herausforderungen stellen können. Ebenso fördert der Freistaat Bayern die Netzwerkarbeit der Medienbranche, damit diese neue Trends frühzeitig identifizieren kann und der Medienstandort Bayern im Standortwettbewerb sichtbar wird. Die Projekte und Maßnahmen sind Grundlage für die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze und den weiteren Ausbau des Medienstandorts Bayern.“

11. Bei Kap. 07 08 (Bayerische Medienförderung) wird ein neuer Tit. 683 02 mit der Zweckbestimmung „Förderung der Digitalisierung von Hörfunkangeboten“ und einem Ansatz für das Jahr 2017 von 500.000,00 Euro und einem Ansatz für das Jahr 2018 von 1.000.000,00 Euro aufgenommen.

Die Erläuterungen zu Kap. 07 08 Tit. 683 02 werden wie folgt gefasst:

„Gefördert werden Projekte zu Digitalisierung privater Hörfunkangebote in Bayern. Die Mittel werden der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) bewilligt zur Weiterleitung an die Hörfunkanbieter. Hörfunkangebote werden zunehmen über DAB+, digitales Kabel und das Internet verbreitet.“

Ferner werden die Ansätze bei Kap. 07 03, 07 04, und 07 05 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage 3).

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Musikwirtschaft - Projekt „Bay-on“ und Bayerischer Rockmusikpreis
(Kap. 07 03 Tit. 686 78)
Drs. 17/13605
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalisierung - Wissenschaftscampus E-Commerce
(Kap. 07 03 Tit. 686 69)
Drs. 17/14079
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Innovations-Zentrums Region Kronach e.V.
(Kap. 07 03 Tit. 686 63)
Drs. 17/14087
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Bergsteigerdörfern (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Drs. 17/14080
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Loipenspurgeräten (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14081
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Almwirtschaften und Berggasthöfen (Alpenstrategie)
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14082
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Internationales Dokumentarfilmfestival München
(Kap. 07 06 Tit. 683 01)
Drs. 17/14083
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Verstärkte Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14084

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der Digitalisierung von Hörfunkangeboten
(Kap. 07 08 neuer Tit. 683 02)
Drs. 17/14085
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Standortinitiativen und Medienkompetenz
(Kap. 07 08 Tit. 686 55)
Drs. 17/14086
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2017/2018
hier: Bayerische Akademie für Fernsehen
(Kap. 07 08 Tit. 686 02)
Drs. 17/14088

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Ehrenamtlichen und Kommunen bei der Sicherstellung eines Nahversorgungsangebots
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 17/14033
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Industrie 4.0 und die sich daraus entwickelnden Chancen nutzen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14023
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrs-zügen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14024
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thors-ten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gigabit-Offensive für den Mittelstand
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14025
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Anheben der Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern
(Kap. 07 03 Tit. 682 64)
Drs. 17/14034
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 17/14035
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Existenzgründer
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 17/14036
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Bayerischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 78)
Drs. 17/14037

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 17/14038
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 - 61)
Drs. 17/14166
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms "Neue Werkstoffe"
(Kap. 07 03 Tit. 683 62)
Drs. 17/14167
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Förderung von Rüstungsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/14168
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der strategischen Entwicklungs- und Innovationsprojekte
(Kap. 07 03 Tit. 683 66)
Drs. 17/14169
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für die Beteiligung an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/14170
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Wissens- und Technologietransfers, hier Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 07 03 Tit. 686 91)
Drs. 17/14171
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/14172
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/14173
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgabereste aus der Wirtschaftsförderung nutzen, neue Ausgaben senken
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14174

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur für freie WLAN-Netze in Bayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14175
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Pilotprojekten zur Regionalentwicklung
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14026
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14027
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14028
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14029
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 17/14039
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus – Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14040
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/14041
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderförderprogramm Dorfläden
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 17/14042
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 TG 73)
Drs. 17/14176
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 17/14177
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorssten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
(Kap. 07 05 TG 75 - 78 neuer Tit.)
Drs. 17/14030

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/14043
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (ENP)
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 17/14044
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/14178
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau einer Bayerischen Energieagentur
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14179
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gründung von Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14180
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vorbereitung und Aufbau eines Energieeffizienzfonds
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14181
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte regenerative Kombikraftwerke inkl. Speicher
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14182
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Mini-Blockheizkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14183
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm für Haushalte mit geringem Einkommen: Ersatz von Haushaltsgeräten
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14184
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Smart-Grid-Projekte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14185
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte für mehr Fischschutz in der Wasserkraftnutzung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14240
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der HD-Umstellung des lokalen und regionalen Rundfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14031

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung für DAB+-Umstellung des lokalen Hörfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14032
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14045
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 07 08 Tit. 686 07)
Drs. 17/14046
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14186

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 133. Sitzung am 23. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Anlage 3 zu 11/17/63-H 1120-4/46/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2017/2018

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	96 Zentrum Digitalisierung.Bayern						
	<i>Vermerk unverändert.</i>						
686 96-5	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke	A	12.500,0	12.500,0	A	12.500,0	12.500,0
165	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 10.000,0</i>	B			B		
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i>						
	<i>Höhe von 10.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2018 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>2019 Tsd. € 5.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2018 in</i>						
	<i>Höhe von 5.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2019 Tsd. € 2.500,0</i>						
	<i>2020 Tsd. € 2.500,0</i>						
	Summe der Titelgruppe	A	15.000,0	15.000,0	A	15.000,0	15.000,0
		B	-		B	-	
	97 Initiative Gründerzentren						
	<i>Vermerk unverändert.</i>						
893 97-3	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen	A	10.000,0	10.000,0	A	10.000,0	10.000,0
187	zur Förderung von Gründerzentren im Bereich Digitalisierung	B			B		
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 40.000,0</i>						
	<i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2017 in</i>						
	<i>Höhe von 40.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens</i>						
	<i>in den Haushaltsjahren</i>						
	<i>2018 Tsd. € 10.000,0</i>						
	<i>2019 Tsd. € 15.000,0</i>						
	<i>2020 Tsd. € 15.000,0</i>						
	Summe der Titelgruppe	A	15.000,0	15.000,0	A	15.000,0	15.000,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	548.563,8	548.563,8	A	556.718,3	556.718,3
		B	-		B	-	

Erläuterungen

Zu 07 03/686 96

Die Mittelbewilligung für die vorgesehenen fünf Themenplattformen hat sich verzögert. Damit die Bewilligung für die mehrjährigen Projekte im Jahr 2017 erfolgen kann, ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000 Tsd. € erforderlich. Die im Jahr 2016 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung wird insoweit nicht in Anspruch genommen.

Zu 07 03/893 97

Die Antragsverfahren und Bescheiderteilung zur Förderung von Baumaßnahmen oder Anmietungen der neuen Gründerzentren im Bereich Digitalisierung dauern länger als erwartet. Die im Jahr 2017 bereits vorgesehene Verpflichtungsermächtigung von 30.000 Tsd. € muss deshalb um 10.000 Tsd. € aufgestockt werden.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
		3	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Abschluss				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 63.962,6 B -	63.962,6	A 63.639,8 B -	63.639,8
	Gesamteinnahmen	A 63.962,6 B -	63.962,6	A 63.639,8 B -	63.639,8
	Personalausgaben	A 1.400,0 B -	1.400,0	A 1.550,0 B -	1.550,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 1.231,4 B -	1.231,4	A 1.231,4 B -	1.231,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 420.232,5 B -	420.232,5	A 430.443,9 B -	430.443,9
	Sonstige Sachinvestitionen	A 0,0 B -	-	A 2.850,0 B -	2.850,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 125.615,3 B -	125.615,3	A 120.556,3 B -	120.556,3
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 84,6 B -	84,6	A 86,7 B -	86,7
	Gesamtausgaben	A 548.563,8 B -	548.563,8	A 556.718,3 B -	556.718,3
	Zuschuss	A 484.601,2	484.601,2	A 493.078,5	493.078,5

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
697 04-1 692	Soforthilfen an gewerbliche Unternehmen, Angehörige Freier Berufe sowie gewerbliche Träger wirtschaftsnaher Infrastruktur zur Beseitigung von Schäden an gewerblichen Betriebsstätten in der Gebietskulisse der Finanzhilfeaktion "Unwetter mit Hochwasser im Mai/Juni 2016" sowie in den vom "Unwetter mit Hochwasser im Juli 2016" betroffenen Teilen der Stadt Passau und angrenzender Gemeinden	A B	65.000,0 -	65.000,0 -	A B	60.000,0 -	60.000,0 -
	Gesamtausgaben	A B	334.765,8 -	334.765,8 -	A B	329.357,9 -	329.357,9 -
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	30.000,0 -	30.000,0 -	A B	30.000,0 -	30.000,0 -
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	74.616,5 -	74.616,5 -	A B	57.008,6 -	57.008,6 -
	Gesamteinnahmen	A B	104.616,5 -	104.616,5 -	A B	87.008,6 -	87.008,6 -
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.505,0 -	1.505,0 -	A B	1.705,0 -	1.705,0 -
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	107.000,0 -	107.000,0 -	A B	101.000,0 -	101.000,0 -
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	226.260,8 -	226.260,8 -	A B	226.652,9 -	226.652,9 -
	Gesamtausgaben	A B	334.765,8 -	334.765,8 -	A B	329.357,9 -	329.357,9 -
	Zuschuss	A	230.149,3	230.149,3	A	242.349,3	242.349,3

Erläuterungen

Zu 07 04/697 04

Die Erweiterung der Zweckbestimmung ist erforderlich, da die Hochwasserereignisse in Teilen der Stadt Passau und angrenzender Gemeinden im Juli 2016 bisher nicht erfasst waren.

07 05 Energiewirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2017 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2017 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2018 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
547 02-2 649	Aufsuchung und Untersuchung mineralischer Rohstoffe und Wasservorkommen sowie Sicherungsmaßnahmen im Bergbau; Gefahrenabwehr im Altbergbau <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 11. Der Titel kann zur Deckung von Mehrausgaben aus übertragbaren Titeln der Hauptgruppen 5, 6 und 8 außerhalb gesetzlicher Leistungen verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu Kap. 12 09 TG 79. Verpflichtungserm. 2017 Tsd. € 2.500,0 Verpflichtungserm. 2018 Tsd. € 700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	1.074,4	1.074,4	A B	1.074,4	1.074,4
	Gesamtausgaben	A B	49.074,4 -	49.074,4	A B	53.074,4 -	53.074,4
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	173,8 -	173,8	A B	173,8 -	173,8
	Gesamteinnahmen	A B	173,8 -	173,8	A B	173,8 -	173,8
	Personalausgaben	A B	3.600,0 -	3.600,0	A B	3.600,0 -	3.600,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	4.267,5 -	4.267,5	A B	4.266,6 -	4.266,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	6.970,0 -	6.970,0	A B	6.970,0 -	6.970,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	34.200,0 -	34.200,0	A B	38.200,0 -	38.200,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	36,9 -	36,9	A B	37,8 -	37,8
	Gesamtausgaben	A B	49.074,4 -	49.074,4	A B	53.074,4 -	53.074,4
	Zuschuss	A	48.900,6	48.900,6	A	52.900,6	52.900,6

Erläuterungen

Zu 07 05/547 02

Zur Sanierung von 5 Bohrungen in den Landkreisen Bamberg und Haßberge soll wegen der unsicheren Rechtslage ein Vergleich abgeschlossen werden. Der Kostenanteil des Freistaats Bayern beträgt 2/5 der Gesamtkosten, maximal 2.856 Tsd. €. Zum Abschluss des Vergleichs ist eine Erhöhung der im Jahr 2017 veranschlagten Verpflichtungsermächtigung um 1.800 Tsd. € erforderlich. Außerdem wird ein Haushaltvermerk aufgenommen, dass der Titel zur Finanzierung des staatlichen Kostenanteils aus übertragbaren Titeln der Hauptgruppen 5, 6 und 8 außerhalb gesetzlicher Leistungen verstärkt werden kann.

Epl. 07 Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2017	Neuer Betrag 2017	A	Bisheriger Betrag 2018	Neuer Betrag 2018
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst u. dgl.	A	24.185,3	24.185,3	A	24.185,3	24.185,3
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	94.405,6	94.405,6	A	94.082,8	94.082,8
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisun- gen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	74.616,5	74.616,5	A	57.008,6	57.008,6
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	193.207,4	193.207,4	A	175.276,7	175.276,7
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	77.775,1	77.775,1	A	80.174,8	80.174,8
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	14.189,0	14.189,0	A	14.388,1	14.388,1
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 4.600,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 2.400,0						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A	553.872,3	553.872,3	A	558.153,7	558.153,7
		B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 121.835,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 70.535,0						
	Baumaßnahmen	A	3.550,0	3.550,0	A	6.550,0	6.550,0
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 4.150,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 14.000,0						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	2.667,9	2.667,9	A	5.517,9	5.517,9
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	409.289,7	409.289,7	A	411.052,8	411.052,8
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 406.820,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 183.350,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-1.116,7	-1.116,7	A	-1.113,7	-1.113,7
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.060.227,3	1.060.227,3	A	1.074.723,6	1.074.723,6
	<i>Verpflichtungserm. 2017 Tsd. €</i> 537.405,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2018 Tsd. €</i> 270.285,0						
	Zuschuss	A	867.019,9	867.019,9	A	899.446,9	899.446,9

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Klaus Stöttner

Abg. Annette Karl

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Erwin Huber

Abg. Thomas Mütze

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Markus Blume

Abg. Johann Häusler

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Florian von Brunn

Abg. Ulrich Leiner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2017/2018

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/13605 und 17/14079 mit 17/14088)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/14033 mit 17/14046)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/14023 mit 17/14032)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drsn. 17/14166 mit 17/14186 und 17/14240)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 14,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Stöttner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Stellvertretende Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Bayerischer Ministerpräsident, Horst Seehofer, hat gestern in seiner Haushaltsrede treffend formuliert: Die Grundlage von allem ist eine funktionierende Wirtschaft. Sie ist der Garant für Stabilität und Sicherheit in allen Lebensbereichen. Den Menschen in Bayern geht es sichtlich besser als den Menschen anderswo: hohe Lebensqualität, großer Wohlstand,

niedrige Arbeitslosenquote nicht nur in München, sondern in ganz Bayern. Bayern geht es gut. Bayern macht es viel besser als andere Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ziel ist es, dass die Menschen in ganz Bayern auch in Zeiten des digitalen Wandels und der Globalisierung gut leben und arbeiten können. Daher setzen wir mit dem Einzelplan 07, dem Wirtschaftshaushaltsplan, die richtigen Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik. Wir schaffen damit die Voraussetzungen für mehr Investitionen, mehr Innovation und mehr internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Einzelplan überschreitet die große Schwelle von einer Milliarde Euro. Wir haben 2018 1,07 Milliarden Euro vorgesehen und steigern den Haushalt um 14,4 %. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, bemerkenswert ist, dass die Personalquote nicht wie im Staatshaushalt üblich bei über 40 % liegt. Im Wirtschaftsministerium liegt sie nur bei 8,7 %. Der Wirtschaftshaushalt hat mit sage und schreibe 39,2 % eine der höchsten Investitionsquoten.

Bemerkenswert ist weiter, dass Sie, Frau Staatsministerin Ilse Aigner, diesen hervorragenden, erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs mit nur 800 Mitarbeitern, wovon aber 280 in der Eichverwaltung sind, sehr effizient gestalten. Hierfür verdienen Sie, Frau Staatsministerin, und Ihr Staatssekretär Franz Josef Pschierer sowie der Amtschef mit seinen fleißigen Mitarbeitern einen wirklich großen Applaus des Hohen Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Zukunftsweisend ist der Wirtschaftshaushalt aber vor allem deshalb, weil er bayerische Antworten auf die Fragen der Digitalisierung und der Globalisierung gibt. Wenn wir die Top-Ten-Liste im Ranking der Internetfirmen ansehen, stellen wir leider fest: Die erste Runde der Digitalisierung ist an die USA und an Asien gegangen. Wir finden darin wenige deutsche Firmen vertreten. Die zweite Runde der Digitalisierung trifft aber die Industrie, unsere bayerische Industrie und die Handwerksbetriebe. Hier gibt die bayerische Wirtschaftspolitik exzellente Unterstützung und die richtigen Antworten.

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern eine gewaltige Chance für uns alle. Mit dem Dreiklang Digitalbonus, Zentrum Digitalisierung Bayern und den regionalen digitalen Gründerzentren ist Bayern auf dem richtigen Weg. Der Digitalbonus ist eine einfache und unbürokratische Förderung der kleineren und mittleren Unternehmer, um ihre Produkte und Prozesse zu verbessern. Wir erhöhen die Mittel für das im Oktober gestartete Programm um 4 Millionen Euro im Jahr 2017 und um 9 Millionen Euro im Jahr 2018. Insgesamt geben wir für dieses Programm bis 2020 80 Millionen Euro aus. Weitere 80 Millionen Euro werden bis 2020 für die digitalen Gründerzentren zur Verfügung gestellt. Damit setzt Bayern Anreize, die eine breite Wirkung haben werden. Die Gründerszene bekommt mit zwölf Gründerzentren in allen bayerischen Regierungsbezirken eine neue Heimat, ja, man kann sagen, eine neue digitale Heimat.

Am Donnerstag durften wir, Frau Ministerin, die Förderbescheide für den südostbayerischen Raum und Rosenheim empfangen. Man merkt, welche namhaften Unternehmer dies begeistert unterstützen und wie begeistert die jungen Unternehmer ihre neuen Ideen vorstellen. Ein junger Gründer erzählte uns – das war besonders für uns Abgeordnete interessant –, dass er ein T-Shirt entwickelt hat, in dem Sensoren die Rückenhaltung messen und Hinweise geben, damit man richtig sitzt und steht. Ich glaube, solche Ideen tun unserer Wirtschaft und unserer Gesundheit gut.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt mir, dass die Initiative BAYERN DIGITAL goldrichtig ist. Wir haben vor einigen Wochen bei einem Crowdfunding-Dialog in München mit Berliner Gästen gesprochen. Diese sagen, München hat eine coole Gründerszene; man merkt, dass die Politik diese Szene enorm steuert und unterstützt.

Bayern ist heute in Europa ein führender Hochtechnologiestandort. Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik sind zentrale Politikfelder zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit und haben in Bayern lange Tradition. So wollen wir für Forschung und Entwicklung den Mittelansatz für das Kompetenzzentrum Neue Materiali-

en Nordbayern auf 3 Millionen Euro erhöhen. Auch das Programm "Neue Werkstoffe" wird aufgestockt. Anders als die GRÜNEN sind wir nämlich der Ansicht, dass die Investitionsdynamik in puncto Carbonfasertechnologieforschung verstetigt werden muss. Daher ist für die auslaufende Finanzierung des Bundes ab 2017 eine Anschlussfinanzierung durch den Freistaat Bayern für den Campus Carbon 4.0 in Höhe von 3 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine richtige Entscheidung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung und die Globalisierung verändern nicht nur die Industrie, den Mittelstand und das Handwerk. Die Digitalisierung hält auch im Tourismus Einzug. Smartphones und Tablets sind aus dem Tourismus nicht mehr wegzudenken. Die Erwartungen an touristische Leistungsanbieter sind so hoch wie nie zuvor. Umso wichtiger ist es, die Digitalisierung der Anbieter gerade im Wettbewerb mit neuen Plattformen wie "Airbnb" zu unterstützen. Die Digitalisierung im Tourismus ist eine Riesenchance. Diese Querschnittsbranche kann mit Verflechtungen zur gesamten Freizeitindustrie und zu zahlreichen weiteren Wirtschaftszweigen entscheidende Impulse für die Zukunft vermitteln.

Dennoch dürfen wir auch die analogen Prozesse nicht vergessen. Bis 2021 werden wir in einer "Premium Offensive Tourismus" 50 Millionen Euro in die Verbesserung der Qualität des Angebots investieren.

Ich bin auch der Überzeugung, dass der eigenständige Titel für das Seilbahnförderprogramm in Höhe von 30 Millionen Euro bis 2019 die dringend notwendige Modernisierung der Seilbahnen beschleunigen wird.

Ebenso ist die Alpenstrategie der CSU-Fraktion, die die besonderen Bedürfnisse der Kommunen entlang der bayerischen Alpen in den Fokus gerückt hat, im Doppelhaushalt mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Mit dem Doppelhaushalt 2017/18 kann mit Impulsen für die Bergsteigerdörfer, die Almwirtschaften, die Berggasthöfe, aber auch für die Kommunen hinsichtlich der Beschaffung von Loipenspurgeräten zur Weiterentwicklung der Tourismusregionen in den Alpen gerechnet werden.

Mein Dank gilt Erwin Huber. Er hat mich als Tourismussprecher aus der Aufsteigerregion Niederbayern mit der Fraktion enorm unterstützt. Es ist beeindruckend, dass ein Niederbayer etwas für die Oberbayern tut.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Bitte nochmal wiederholen!)

Es freut mich persönlich sehr, dass die regionalen, lokalen Fernsehangebote in Bayern auch 2017 und 2018 mit der Technikförderung zur Umstellung auf HD rechnen können. Erst die massive Unterstützung der CSU-Fraktion für das Anliegen der Ministerin Aigner hat diesen Durchbruch möglich gemacht. Für die gute Zusammenarbeit gilt unserem Fraktionsvorsitzenden und Herrn Winter, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, großer Dank.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, ich komme jetzt zum Schluss. Aber ich kann mir einen Seitenhieb auf die Opposition nicht verkneifen. Es wundert mich schon sehr, dass die von mir persönlich sehr geschätzten Kollegen von den GRÜNEN – lieber Thomas Mütze – unseren Haushaltsansatz zum Forschungscampus Ottobrunn komplett streichen wollten. Wir haben in Bayern 60.000 Beschäftigte, die in etwa 550 Unternehmen in der Luft- und Raumfahrtbranche arbeiten. Ich frage mich wirklich, welche Auffassung ihr von Politik für Wirtschaft und Technologieforschung habt. Ihr gefährdet damit die Mitarbeiter und die Unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerin Aigner, der Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist ein sehr ausgewogener und gelungener Finanzplan. Er setzt für die bayerische Wirtschaft vernünftige Schwerpunkte und schafft damit Stabilität und Sicherheit. Er ist der richtige Weg, um unseren Wohlstand für ganz Bayern zu sichern. Ich danke Ihnen und Ihrem Haus für die kluge Gestaltung des Haushaltsplans. Meine Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, ich fordere Sie auf, dem Haushaltsplan einstimmig zuzustimmen.

(Thomas Huber (CSU): Jawohl, super!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Stöttner. – Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Kollegin Karl das Wort. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kollegen und Kollegen! Die bayerische Wirtschaft ist gut in Form. Der Export boomt. Die Binnen- nachfrage ist gut. Dies hat etwas damit zu tun, dass die Menschen jetzt mehr Geld in der Tasche haben. Das ist sicher auch eine Folge des von uns durchgesetzten Mindestlohns. Die brummende Wirtschaft ist ein Verdienst hart arbeitender Menschen in Bayern, guter unternehmerischer Entscheidungen und vernünftiger staatlicher Rahmenbedingungen. Nichtsdestoweniger steht die Wirtschaft vor Herausforderungen. Wir haben eine unsichere Weltlage und einen zukünftigen US-Präsidenten, der mehr auf Abschottung als auf Freihandel setzt. Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel weiter verstärken. Wir stehen vor dem Thema der Digitalisierung mit wirklich disruptiven Auswirkungen auf Geschäftsmodelle und Beschäftigungsformen. Gerade dies bedeutet massive Veränderungen für viele Arbeitnehmer. Hier müssen wir aufpassen, dass es am Ende durch die Digitalisierung mehr Gewinner als Verlierer gibt.

Auch der Freistaat steht vor Herausforderungen. Wir müssen das verfassungsgemäße Gebot der gleichmäßigen Entwicklung in allen Landesteilen umsetzen. Das geht nur mit der Wirtschaft. Im Bereich der Digitalisierung brauchen wir eine gute Infrastruktur sowohl beim Breitband als auch beim Mobilfunk. Die Integration der neu Zugewanderten erfordert Anstrengungen des Staates und der Wirtschaft. Wir brauchen eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Wir alle sind gefordert, die Einrichtungen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu erhalten. Hier meine ich insbesondere den Erhalt von Einkaufsmöglichkeiten in kleinen Ortschaften. In all diesen Bereichen, in denen Handeln gefordert ist, handelt die Staatsregierung zu zögerlich, zu unkoordiniert, zu wenig entschlossen und stattet sie mit zu wenig Geld aus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Söder lobt zu Recht die Dorferneuerung als wichtigen Baustein zur Stärkung des ländlichen Raums. Leider ignoriert er dabei, dass gerade die Ämter für ländliche Entwicklung wegen Personalmangels einen riesigen Berg von Anträgen vor sich herschieben. Wie so oft werden große Reden geschwungen, aber es ist nichts dahinter. Deshalb haben wir 30 zusätzliche Stellen für die ALEs beantragt. Mit unseren anderen Anträgen greifen wir weitere Versäumnisse der Staatsregierung auf.

Zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen gehört nicht die Erlaubnis an die Kommunen, jede freie Fläche zuzubetonieren, sondern die Unterstützung bei Investitionen und bei der Ansiedlung von Firmen. Hier spielt die regionale Wirtschaftsförderung eine herausragende Rolle. Minister Söder hat die Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf, in denen es höhere Fördersätze gibt, beträchtlich ausgeweitet. So weit, so gut.

Liebe Frau Aigner, aber es muss dann auch massiv vergrößerte Fördertöpfe geben, damit beim Einzelnen auch etwas ankommt. Das ist wie bei einem Kindergeburtstag: Wenn Sie mehr Gäste einladen, müssen Sie einen größeren Kuchen backen, sonst gibt es Ärger. Deshalb halten wir die Ansätze im Haushaltstitel für die Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung für zu gering. Wir fordern eine Erhöhung um insgesamt 10 Millionen Euro.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Digitalisierung sei gesagt: Hier rächt es sich wieder, dass die Zuständigkeiten auf zwei Ministerien verteilt sind. Beispielsweise liegt die Zuständigkeit für die WLAN-Hotspots bei den Finanzen und für den Mobilfunk bei der Wirtschaft. 2015 hat der Aufbau frei zugänglicher WLAN-Netze begonnen. Das Ziel ist, bis 2020 ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen. Zur Unterstützung der Kommunen brauchen wir aber einen deutlich größeren Einsatz der Staatsregierung als bisher. Auch beim

Aufbau von WLAN-Sicherheit brauchen wir mehr Unterstützung vonseiten der Staatsregierung. Hier verweise ich auf unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Die Behandlung des Themas Mobilfunk im Hause Aigner zeigt deutlich die Schrittmart der Staatsregierung: Mit großem medialem Getöse wird ein Schritt voran getan, im stillen Kämmerlein werden dann wieder zwei Schritte zurück gemacht.

(Zuruf von der CSU: Oh, oh, oh!)

Die gute Initiative für das Digitale Dorf wird mit 5 Millionen Euro in vier Jahren gefördert. Die Förderung der Kommunen zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung soll aber erst ab 2018 mit 5 Millionen Euro beginnen. Das Geld für das Digitale Dorf wurde also beim Mobilfunk abgezwickelt. Dabei gehört beides zusammen. Das zeigt das Projekt der Steinwald-Allianz. Diese will im Rahmen des Digitalen Dorfes einen Belieferungsservice aufbauen. Stellen Sie sich einmal einen armen Lieferanten im Kleintransporter vor, der in seinem Wagen sitzt und seine Aufträge nicht entgegennehmen kann, weil er mal wieder durch das mobile Datennirwana bei uns in der Gegend fährt.

Wir brauchen kraftvolle Initiativen, um Digitalisierung und Mittelstand, Digitalisierung und Handwerk noch besser zusammenzubringen. Das Zentrum Digitalisierung muss hierauf ein wesentlich stärkeres Augenmerk legen, ebenso auf die Erforschung der Auswirkungen der Digitalisierung sowie auf die Form und Qualität der Arbeitsplätze. Nur so können die Tarifpartner dabei unterstützt werden, neue zukunftsfeste Regelungen zu finden, was die Arbeitszeit und den -ort angeht.

Das Geld, das man für den Digitalbonus, den ich sehr begrüße, für 2016 eingestellt hat, ist bei Weitem nicht ausgegeben worden, weil der Digitalbonus zu spät gestartet ist. Wir fordern deshalb, dass dieses Geld komplett nach 2017 verschoben wird, damit wirklich genügend kleine Betriebe unterstützt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich noch auf die gleichwertigen Lebensbedingungen zurückkommen. Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist essenziell wichtig, um Leute auf dem Lande zu halten. Ein Weg, auf die massive Schließung von Einzelhandelsgeschäften zu reagieren, sind sicher Initiativen wie die Steinwald-Allianz, also die Initiative eines digitalen Lieferservices. Aber selbst dieses Projekt basiert auf dem Dorfladen Fuchsmühl als Basisstation. Dorfläden sind nicht nur wichtige Werkzeuge der Lebensmittelversorgung für alle, die nicht mobil genug sind, um zum Einkaufszentrum auf der grünen Wiese zu fahren. Sie sind auch Zentren der Kommunikation in einem Ort und so vor allem für ältere Mitbürger wichtig. Wir fordern deshalb Servicestellen zur Unterstützung der Kommunen beim Aufbau der Nahversorgung in ihren Orten und ein Sonderprogramm "Dorfläden", damit das Land eine Zukunft hat. Bayern ist auf einem guten Weg. Sorgen wir alle dafür, dass dies in Zukunft so bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, Frau Staatsministerin im Wirtschaftsministerium, Herr Staatssekretär! Unternehmertum und Verantwortung, Politik für Unternehmen, die in Bayern Verantwortung übernehmen – diesem Leitsatz muss eine für den Freistaat vorausschauende Wirtschaftspolitik folgen. Wir FREIEN WÄHLER sind davon überzeugt, dass wir einen neuen Gründergeist brauchen. Junge Menschen müssen wieder mehr Spaß daran finden, etwas Eigenes aufzubauen. Vor allem im Bereich der Digitalisierung bieten solche Geschäftsmodelle und Ideen neuen Raum.

Wir FREIEN WÄHLER sind davon überzeugt, dass in Bayern auch wirtschaftliche Chancen strukturschwacher Regionen beleuchtet werden müssen, die sich anderen Herausforderungen als boomende Regionen gegenübergestellt sehen. Was Eigentum und Eigenverantwortung betrifft, brauchen Unternehmen einen möglichst freien Hand-

lungsrahmen. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo offenkundig Fehlentwicklungen auftreten. Wir wollen, dass der Staat diese Leitplanken mit vorgibt, aber dass wir den Unternehmen diese Freiheiten geben.

In Ihrem Haushalt liegen starke Schwerpunkte bei Unternehmensgründungen im Bereich der Elektromobilität und der Digitalisierung. Einen Bereich vermissen wir in Gänze, nämlich den der Industrie 4.0. Auf diesem Gebiet hätten wir uns Anstrengungen gewünscht. Angesichts der heutigen Situation großer Unternehmen Bayerns und der Herausforderungen, die auf unsere Zulieferer zukommen, muss dem Thema Industrie 4.0 seitens des Wirtschaftsministeriums und unserer Wirtschaftspolitik deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir haben komplett neue Herausforderungen hinsichtlich der Datenkommunikation, der Datenspeicherung und der Kommunikation "Mensch mit Maschine" sowie "Maschine mit Maschine". Hier gibt es Anforderungen an die Qualifikation und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus Sicht der FREIEN WÄHLER deutlich besser begleitet werden müssen.

Die Digitalisierung Bayerns, die E-Dörfer bzw. Digitalen Dörfer sind gestern bereits angesprochen worden. Es ist zwar schön, wenn man das verkündet und wie gestern die Medien erreicht. Aber unsere KMUs, unsere kleinen und mittleren Unternehmen, sehen sich ganz anderen Herausforderungen gegenüber. Momentan sind wir in den Gemeinden beim Ausbau der Breitbandversorgung. Ein ehemaliges Staatsunternehmen verspricht den Gemeinden, sie mit Vectoring für die Zukunft fit zu machen. – Nein, wir sind gefordert und müssen schon den nächsten Schritt denken. Unsere KMUs brauchen eine Gigabit-Offensive und ganz andere Datenumsätze. Auf dem flachen Land hat jeder Architekt und jeder, der mit Grafik und Design zu tun hat, so hohe Datensätze, dass wir dort mit den Übertragungsraten, die wir momentan entwickeln, schon lange nicht mehr zurecht kommen. Hier müssen wir einen Schritt voraus sein. Auf diesem Gebiet sehen wir Handlungsspielraum und Entwicklungsbedarf. Da bleiben wir seitens der Wirtschaftspolitik viel zu zurückhaltend. Das ist nicht nur Aufgabe des Heimatministeriums, sondern eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik.

Keine Aussagen hören wir von Ihnen zur Zukunft der Mobilfunkabdeckung. Auf diesem Gebiet haben wir auf dem flachen Land nach wie vor sehr große Probleme.

Wir haben in die Haushaltsberatungen einen Antrag zur Ausstattung des Regionalverkehrs mit breitbandigem Internet eingebracht. Das wäre über unsere Bayerische Eisenbahngesellschaft jederzeit leistbar, wenn wir es wollen. Das ist, wenn wir mehr Bürgerinnen und Bürger für den Nahverkehr gewinnen wollen, ein wichtiges Instrument. Stärken wir unsere Bayerische Eisenbahngesellschaft. Wir haben gestern und heute die Erfolge gehört. Der Ministerpräsident hat ausgeführt, dass in den letzten 20 Jahren 70 % mehr Bürger auf den Nahverkehr umgestiegen sind. Wenn man diesen Erfolgsfaktor ausbauen will, dann geht das natürlich nur mit einer Mobilfunkabdeckung in den Regionalverkehren, nicht hinten anstehend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir über den Ausbau sprechen, dann reden wir immer noch von Fiber-to-the-Curb. Wir sind immer noch mit dem Kupferverzweiger und der Glasfaserleitung befasst. – Nein, wir müssen mit der Glasfaserleitung ins Gebäude. Natürlich wird es ein schrittweiser Ausbau sein. Aber bitte denken Sie an diesen nächsten Schritt. Verharren Sie jetzt nicht in der Umsetzung. Sie bleiben am Kupferverzweiger stehen. Das ist zu wenig. Das werden wir in der Zukunft noch zu spüren bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Erwin Huber (CSU) und Markus Blume (CSU))

– Herr Kollege Blume, Herr Kollege Huber, ich sage Ihnen Zahlen zu den Start-up-Unternehmen in der IT-Branche – Sie werden schauen –: Nordrhein-Westfalen hat hier 20 % Anteil am gesamtdeutschen Volumen, Baden-Württemberg 17 %, Berlin 17 %. Bayern liegt bei Unternehmensgründungen mit 12 % bloß auf dem 4. Platz. Wo ist da Ihr eigener Anspruch? – Ich hörte gestern und heute den ganzen Tag nur: Wir sind in der Champions-League und Spitze. – Nein, auf diesem Gebiet ist es Platz 4.

(Markus Blume (CSU): In Berlin mit jeder Dönerbude!)

– Herr Blume, hören Sie es sich an: In Bezug auf das IT-Wagniskapital wird es noch viel gruseliger. Wenn eine Dönerbude IT-Wagniskapital hat – viel Spaß. Die Zahlen sind Folgende: Berlin: 2009 34 Millionen; 2013 133 Millionen. Bayern: 2009 47 Millionen; heute: 19 Millionen Wagniskapital. Wir sind also zurückgefallen. Das ist in der IT-Branche natürlich ein Mangel. Das hat damit zu tun, dass Sie nicht bereit sind, den nächsten Schritt zu gehen. Wir bleiben beim Ausbau der Digitalisierung noch vieles schuldig.

Zum Tourismus: Ich schätze meinen Kollegen Klaus Stöttner als tourismuspolitischen Sprecher aus unserer gemeinsamen Zeit im Wirtschaftsausschuss. Klaus, Du lobst hier euer Programm für Almwirtschaften. Für Almwirtschaften 100.000 Euro, das ist gut und recht. Wir haben versucht, für Dorfwirtschaften ein richtiges Programm auf den Weg zu bringen. In Bayern sind 30.000 Betriebe vom Wandel betroffen. Im Tourismus und in der Hotellerie gibt es 560.000 Arbeitsplätze, wobei 32 Milliarden Euro Umsatz gemacht werden. Sie aber kommen mit 100.000 Euro für die Almwirtschaft. Sie müssen in der Wirtschaftspolitik den Tourismus richtig anfassen. Wir haben in den Haushalt für die Dorfwirtschaften 75 Millionen Euro eingestellt. In Oberfranken setzt ein Brauer nach dem anderen eine neue Idee um. Dort kommen 7 % mehr Touristen. Begleiten Sie diese. Wir brauchen einen Qualitätstourismus, den Ausbau der Barrierefreiheit und, wie es in Unterfranken gelungen ist, eine mit jungen Winzern kombinierte Architektur. Das wird zum Magneten. Wir brauchen hier einen ganz anderen Magneten und Anspruch. Denken Sie daher den Tourismus anders. Unterstützen Sie dort private Investoren, etwa beim Urlaub auf dem Bauernhof. Das sind im Prinzip Erfolgsmodelle. Bleiben Sie da nicht mit solchen "Kleckerlesbeträgen" hinter den Ansprüchen zurück. Der Tourismus ist für Bayern eine Leitökonomie. Das haben Sie zumindest in diesem Haushalt nicht abgebildet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Letztes möchte ich noch die Energiepolitik streifen. Die 10-H-Regelung und die Energiewende sind in Bayern passé. Die Kraft-Wärme-Kopplung haben Sie im Haus-

halt nicht angenommen. Beim 10.000-Häuser-Programm habe ich mehrmals einen Anlauf versucht. Die Nahwärmeversorgung über Biogasanlagen ist im 10.000-Häuser-Programm nicht enthalten. Deshalb ist es möglich, dass jemand ein Null-Energie-Haus baut, obwohl eine Versorgung über das Nahwärmenetz mit Biogasanlagen zu 100 % CO₂-arm ist. Das fördern Sie nicht. Jetzt muss ich ehrlich fragen: Wie oft muss ich das noch erklären, bis Sie endlich bereit sind, in solchen Fällen eine Förderung zu gewähren? Wir sprechen von 15.000 bis 16.000 Euro. Bitte setzen Sie das um. Das ist ein Mangel in Ihrer Energiepolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei wäre es ganz einfach. Über diesen Antrag reden wir wieder im Wirtschaftsausschuss.

Als Letztes möchte ich noch die Landesplanung streifen. Morgen wird das mein Kollege Alexander Muthmann noch einmal ausführen. Gestern hat der Ministerpräsident davon gesprochen, dass Bayern ein wunderbares Land sei und es allen Regionen gut gehe. Kolleginnen und Kollegen, wieso wird dann die Hälfte Bayerns als Raum mit besonderem Handlungsbedarf bezeichnet? – Eines von beiden stimmt nicht. Stärken wir die Regionen. Gehen Sie passgenau mit den Regionen um. Dann kommen wir zu einer guten Wirtschaftspolitik. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, Herr Kollege, das Ende war zu schnell. Mir liegt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Glauber, als Vorsitzender eines Tourismusverbandes muss ich noch zwei Sätze zum Thema Tourismus sagen. Ich bin der Bayerischen Staatsregierung außerordentlich dankbar, dass sie die Förderung der Regionalverbände angehoben hat. Das ist in diesem Haushalt verstetigt worden. Damit haben wir die Chance, den Tourismus weiter auszubauen. Wir sind tatsächlich das

Tourismusland Nummer 1 in dieser Republik. Die guten Zahlen sprechen für sich. Der Erfolg ist jedoch durch Organisation und auch die BAYERN TOURISMUS Marketing hart erarbeitet worden.

Uns liegt ebenfalls die Vermeidung des Wirtshaussterbens am Herzen. Wissen Sie, was das beste Programm wäre, um dem Wirtshaussterben zu begegnen? – Eine Änderung der Arbeitszeiten. Außerdem müssen wir den Wirtshäusern die Bürokratie wegnehmen, damit sie tatsächlich wieder Unternehmen sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann dürft ihr die Nahles nicht loben!)

Das müssen wir in Berlin tun. Damit können wir den kleinen Betrieben wirklich helfen und dem Wirtshaussterben entgegenwirken. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Glauber hat das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Holetschek, fangen wir mit der Bürokratie an. Mittlerweile stehen Sie seit zwölf Jahren in Berlin in der Verantwortung. Sie haben eine neue Brandschutzverordnung auf den Weg gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Als Architekt sage ich Ihnen: Ich muss mich fragen, wo Ihre Abgeordneten in Berlin waren. Diese Brandschutzverordnung bringt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Hoteliers nichts. Sie kostet aber immens viel Geld. Diese Bürokratie müssen Sie mit verantworten.

Sie haben die Mindestlohn-Bürokratie und das Arbeitszeitgesetz mitgetragen. Sie haben das angesprochen. Warum lassen Sie es zu? – Selbstverständlich müssen Sie das mit verantworten; denn Sie sitzen in Berlin in der Regierung.

Wenn Sie an der Qualität der Dorfwirtschaft und dem Tourismus interessiert sind, dürfen sie den Haushalt nicht von 40 Millionen Euro auf 14 Millionen Euro schrumpfen. Gehen Sie, wie wir es fordern, mit 75 Millionen Euro in den Haushalt rein. Damit könnten Sie einen Qualitätstourismus erzeugen. Wir stehen mit Nachbarn im Wettbewerb. Der Wettbewerb entscheidet sich über die Barrierefreiheit, über die Qualität und den Bürokratieabbau. Sie sitzen an den Schalthebeln in Berlin und Bayern. Ändern Sie da etwas.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Glauber. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Wirtschafts- und Energieministerium ist in der heutigen Zeit sehr gefragt. Gerade die Energiepolitik steht vor enormen Herausforderungen, aber auch vor großen Gestaltungsmöglichkeiten. Das Energieministerium ist eine wichtige Schnittstelle und besitzt eine Schlüsselfunktion. Herr Kollege Mütze wird später noch etwas zur Wirtschaftspolitik erläutern. Ich möchte mich hauptsächlich auf die Energiepolitik beziehen. Im Bereich der Energie ist sehr viel zu tun. Wir haben die Wärmewende und Effizienzinitiativen. Wir müssen unsere Energieerzeugung komplett umstellen. Wir brauchen Initiativen, Koordination, Forschung und Entwicklung. Sie sind enorm wichtig. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger bei einer echten Energiewende mitnehmen. Kurz gesagt: Der Einzelplan 07 müsste in Bezug auf den Energiesektor ziemlich mächtig und dick sein. Im Einzelplan 07 finden wir jedoch nur zwei Doppelseiten zur Energie. Das ist schon sehr dünn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie verteilen sich die Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2017/2018? – Dort steht das 10.000-Häuser-Programm. Wenn man noch einmal hinsieht, sieht man das 10.000-Häuser-Programm. Schließlich stößt man auf das 10.000-Häuser-Programm.

(Erwin Huber (CSU): 80 Millionen Euro!)

– Im 10.000-Häuser-Programm ist schon etwas drin. Ansonsten finden Sie in diesem Haushalt zum Bereich Energie nahezu nichts mehr. Herr Huber, außerdem gibt es noch ein Sammelsurium von Aufzählungen: Erforschung neuer Technologien, Demonstrationsvorhaben, Beteiligung an Energieagenturen mit ein paar Millionen Euro. In diesen Energiehaushalt ist jedoch nahezu nichts eingestellt.

Was ist wirklich abgerufen worden? – Im Haushalt befinden sich noch ein paar zarte Pflänzchen in Form verschiedener Energieprogramme. Der Ansatz ist gar nicht so schlecht. Allerdings sind nur wenige Prozent der Mittel abgerufen worden. Im Jahr 2014 sind im Wirtschaftshaushalt für den Bereich Energie 35,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Davon sind allerdings nur 18 Millionen Euro abgerufen worden. Das ist gerade einmal die Hälfte. Im Jahr 2015 sind 41,5 Millionen Euro eingestellt worden. Es sind nur 19,9 Millionen Euro abgerufen worden. Das ist noch nicht einmal die Hälfte. Frau Aigner, sind ihre Maßnahmen so schlecht? Will das niemand haben? Wollen Sie das überhaupt nicht verkaufen? Stehen Sie überhaupt hinter diesen Maßnahmen? Wenn nur die Hälfte der Gelder abgerufen wird, setze ich ein ganz großes Fragezeichen hinter die Programme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms können Sie das Geld aber wirklich raus-hauen. Sie fördern die Ölheizungen und die Gasheizungen. Das bekommen die Leute hinterhergeschmissen. Sie haben wirklich etwas Tolles erfunden. Momentan besteht jedoch ein Ausgabestopp sowohl bei den Heizungen als auch beim EnergieSystem-Haus. Die verschiedenen Förderprogramme aus Berlin haben aber gezeigt: Kein Stop-and-go bei Fördermitteln! Das ist Gift. Frau Aigner, ich habe einen Tipp für Sie: Ende

Oktober hat es 7.500 Zusagen zu Einzelmaßnahmen gegeben. Davon sind nur 350 auf die Sanierung von Bestandsgebäuden entfallen. Das sind gerade einmal 4 %. Von den Einzelmaßnahmen sind aber – man höre und staune – 35 % auf Maßnahmen für Ölheizungen entfallen. Gleichzeitig geht Ihnen das Geld aus. Schmeißen Sie die Ölheizungen endlich aus dem Programm. Dann haben Sie auch wieder Geld für die sinnvollen Maßnahmen wie das EnergieSystemHaus. Nehmen Sie unseren Antrag. Schmeißen Sie die dreckigen und klimaschädlichen Ölheizungen hinaus. Das hätte System. Damit hätten wir ein anständiges Förderprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis auf das 10.000-Häuser-Programm sind alle anderen Haushaltsstellen gekürzt worden. Nur beim 10.000-Häuser-Programm wurde aufgestockt. Jetzt könnte man sagen: Wenn die Mittel ohnehin nicht abgerufen werden, ist es eigentlich egal, ob der Ansatz höher oder niedriger ist. Uns ist das aber nicht egal. Wir wollen und brauchen ein Energieministerium, das Energie und Tatkraft versprüht und Maßnahmen in die Bezirke und Landkreise hinausträgt, die eine Aufbruchsstimmung erzeugen. Dort wird etwas bewegt. Das brauchen wir. In Bayern hätten wir so viele Baustellen. Wir stehen beileibe nicht an der Spitze, auch wenn das im Rahmen der Haushaltsberatungen oft gesagt wird. Wir befinden uns sehr weit hinten. Im Wirtschaftsausschuss beraten wir in fast jeder Sitzung über Anträge zur Begleitung des Strukturwandels. Das Wirtschaftsministerium soll hier und dort nachhelfen und Arbeitsplätze sichern. Daran merkt man, dass der Strukturwandel stark gegriffen hat. Viele Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Packen Sie das endlich an. Im Energiesektor könnten wir sehr viele Arbeitsplätze schaffen. Man könnte den Strukturwandel mit einer guten Energiepolitik begleiten. Man könnte sagen: Jawohl, wir investieren in die Energiewende und schaffen nachhaltige Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung vor Ort. Von Ihnen kommen keine Initiativen. Leider ist hier wirklich Stillstand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Herausforderungen bei den Themen Energie und Klimaschutz sind gewaltig. Wir müssen es einfach schaffen, die Erdüberhitzung einzudämmen. Dazu gehören auch gute Ziele. Wir brauchen ehrgeizige Ziele. Die Ziele, die wir momentan haben, maximal 2 Tonnen pro Kopf bis zum Jahr 2050, betreffen die energie- und die nicht-energiebedingten CO₂-Emissionen. Unsere Umweltministerin, Frau Scharf, hat das noch einmal betont. Momentan liegen die energiebedingten CO₂-Emissionen bei 6,2 Millionen Tonnen. Hinzu kommen noch zwei Millionen Tonnen nicht-energiebedingte Emissionen aus der Landwirtschaft. Insgesamt haben wir also 8,2 Tonnen pro Kopf. Bis zum Jahr 2050 müssen wir jedoch auf 2 Tonnen pro Kopf kommen.

Im Jahr 2030 möchte das Wirtschaftsministerium bei den energiebedingten Emissionen gerade einmal bei 5 Tonnen pro Kopf landen. In diesem Fall werden wir das Ziel, bei den Gesamtemissionen bis zum Jahr 2050 auf 2 Tonnen pro Kopf zu kommen, niemals erreichen. Nach Ihrer Zielsetzung wollen Sie gerade einmal 80 kg pro Jahr und Kopf abbauen. In diesem Fall werden wir es gerade einmal bis zum Ende des Jahrhunderts schaffen, das Ziel von 2 Tonnen pro Kopf zu erreichen. Wir müssen dieses Ziel aber im Jahr 2050 erreichen. Wir brauchen deshalb die doppelte Geschwindigkeit. Wir müssen 160 kg pro Jahr und Kopf "abspecken".

(Sandro Kirchner (CSU): Kommt da noch was Konkretes oder ist das eine Fragestunde? – Markus Blume (CSU): Ganz kleines Karo!)

Wir müssen hier viel ehrgeiziger werden. Die von mir genannten 160 kg sind notwendig. Andere Länder machen es anders. Dänemark möchte zum Beispiel bis zum Jahr 2030 eine CO₂-Reduktion von 90 % beim Strom und der Wärme erreichen. In Bayern werden dagegen ganz kleine Brötchen gebacken. Das reicht hinten und vorne nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Klimaschutz-Investitionen der Staatsregierung verdreifachen. In unserem Haushaltsplan haben wir 300 Millionen Euro zusätzlich eingestellt, also insgesamt 450 Millionen Euro. Der Bereich Wärme ist unser Schwerpunkt. Hier setzen wir vor allem auf die Sanierung der bestehenden Gebäude. Wir wollen Nahwärmenetze in Form von kommunalen Wärmeplattformen einrichten. Dafür sollen 40 Millionen Euro eingestellt werden. Wir wollen die energetische Sanierung von staatlichen und kommunalen Gebäuden stark fördern. Dafür haben wir 100 Millionen Euro bzw. 200 Millionen Euro eingestellt. Die Staatsregierung begnügt sich hier mit 25 Millionen Euro pro Jahr.

Wir brauchen eine Energieeffizienzinitiative, die sich gewaschen hat. Von 2003 bis 2014 haben wir eine Stromverbrauchssteigerung von 23 % zu verzeichnen. Wo ist denn bitte schön die Effizienz-Strategie in Bayern? Hier müssen wir viel besser werden. Wir müssen es auch schaffen, die Institutionen zu stärken. Solche Institutionen sind zum Beispiel Energieagenturen, die in allen Landkreisen, und Klimaschutzbeauftragte, die in allen Gemeinden eingerichtet werden sollten. Dafür haben wir 56 Millionen Euro bzw. 28 Millionen Euro eingestellt. Wenn man sich dagegen Ihren Haushalt anschaut, ist da nichts. In ganz Bayern gibt es nur 11 Energieagenturen. Das reicht nicht; denn wir brauchen diese institutionelle Förderung.

Zusätzlich haben wir noch Förderprogramme für Wasserkraft- und Blockheizkraftwerke, Smart-Grid-Projekte sowie für den Austausch von "Stromfressern" bei einkommensschwachen Haushalten vorgesehen. Diese Maßnahmen zusammen sind ein wirklich großes Bündel. Dafür haben wir 450 Millionen Euro vorgesehen. Bei Ihnen sind es nur 150 Millionen Euro. Das ist wirklich viel zu wenig! Mit diesem Energieministerium ist Bayern leider auf keinem guten Weg. Wir brauchen endlich eine gute Energiepolitik, und wir brauchen ein Ende des Stillstands.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Erwin Huber von der CSU. Bitte schön.

(Markus Blume (CSU): Jetzt könnten Sie was lernen!)

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die "Nürnberger Nachrichten" haben gestern zu dieser Haushaltsberatung geschrieben: Bayern, ein Land, in dem Milch, Honig und die Daten fließen? Sehr richtig! Die Zeitung hat ein Fragezeichen dahinter gesetzt. Ich würde dagegen drei Ausrufezeichen setzen. Diese Überschrift gibt die Position der Wirtschaft in Bayern sehr richtig wieder. Bayern ist ein Land, das blüht, und die Menschen haben etwas davon.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Glauber und Herr Kollege Stümpfig, ich hatte fast den Eindruck, dass Sie sich im Kleinklein des Unterholzes verirrt haben. Sie haben jedenfalls nicht die große Linie der Wirtschaftspolitik dargestellt, deren Auswirkungen sich nach vielen Jahren heute bemerkbar machen. Heute ernten wir für die Menschen die Früchte einer langfristigen, konsequenten und mittelstandsfreundlichen Politik. Unserer Wirtschaftsministerin Ilse Aigner möchte ich sagen, dass sie auf dem richtigen Weg ist. Wir unterstützen den Kurs der Digitalisierung, der Modernisierung, der Stärkung des Mittelstandes, der Stärkung von Start-up-Unternehmen und der Stärkung einer modernen Infrastruktur bis hin zum Breitband mit allem Nachdruck. Bayern ist auf diesem Weg in ganz Deutschland führend.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Was das Breitband angeht, stimmt das nicht so ganz! Da ist Schleswig-Holstein vorn!)

Von der linken Seite, zum Teil auch von der SPD, wird das Wirtschaftswachstum immer wieder negativ dargestellt oder infrage gestellt. Sie tun so, als ob das Wirtschaftswachstum in erster Linie zu Zerstörungen und zu negativen Auswirkungen für Klima und Natur führen würde. Im ersten Halbjahr 2016 hat Bayern mit mehr als 3 %

das höchste Wirtschaftswachstum der deutschen Länder gehabt. Ich möchte einmal deutlich machen, was das für die Menschen bedeutet: Bayern hat die geringste Zahl von Hartz-IV-Empfängern. Bayern hat die geringsten Zahlen beim Thema Kinderarmut und beim Thema Altersarmut. Bayern hat die geringste Zahl an Menschen, die beschäftigungslos sind. Das bedeutet, wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Blüte sind nicht etwas, was den Konzernen zugutekommt, wie Sie das öfter verbreiten, sondern diese Faktoren dienen den Menschen unmittelbar.

(Beifall bei der CSU)

Von linker Seite wird oft gesagt, dass noch mehr beim Thema Genderpolitik getan werden müsste. Ich sage: Bayern hat die höchste Frauenerwerbsquote unter den westlichen Bundesländern. Es nützt doch nichts, schöne Papiere zu erarbeiten und Propaganda zu verbreiten. Wichtig ist, dass den Frauen Chancen auf dem Arbeitsmarkt gegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es großartig, dass ein konservativ regiertes Land den Frauen die besten Chancen gibt, sehr viel mehr jedenfalls, als die rot-grün-regierten Länder in Deutschland. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Gehring hat in der letzten Woche das Integrationsgesetz als eine Sternstunde des Parlaments bezeichnet.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Die Debatte!)

Ich finde, das ist richtig, vor allem, was das Ergebnis angeht.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Die Debatte, an der Sie nicht teilgenommen haben!)

Das Ergebnis ist ein ganz hervorragendes und modernes Integrationsgesetz. Jetzt komme ich aber zur praktischen Wirkung: Die Wirtschaft hat etwa vor einem Jahr angekündigt, man würde es in etwa einem Jahr schaffen, 20.000 Migrantinnen und Migranten eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Jetzt liegt die vorläufige Bilanz für das Jahr 2016 vor. In Bayern haben die Unternehmen mehr als 40.000 Flüchtlingen Ausbildungs- und Arbeitsplätze gegeben. Die Ankündigung von 20.000 ist um das Doppelte übertroffen worden. Auch hier sage ich: Nicht die Sprüche von Rot-Grün machen es aus, sondern die praktische Politik.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg stellt sich nicht automatisch ein. Die Frage lautet: Was müssen wir tun, um diesen Erfolgsweg Bayerns fortzusetzen? Ich sage dazu als Erstes: keine Steuern erhöhen. Von den GRÜNEN höre ich, dass die Vermögensteuer eingeführt, die Erbschaftssteuer erhöht und das Ehegattensplitting abgeschafft werden soll. Von der SPD höre ich, dass ebenfalls die Vermögensteuer eingeführt und die höheren Einkommen mehr besteuert werden sollten. Meine Damen und Herren, wer den wirtschaftlichen Niedergang will, der muss Steuern erhöhen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von der CSU)

Das Zweite ist: Ich höre heute von Sorgen vor Trump und dergleichen. Da muss ich sagen: Wir bekennen uns dazu, dass die Globalisierung viele Vorteile bringt; dass sie aber auch Belastungen mit sich bringt; dass sie einen ungeheuren Wettbewerb auch für den Mittelstand und für die Wirtschaft auslöst.

In den letzten Monaten hörte man: Die SPD hat sich schwer getan mit CETA, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN lehnen CETA und TTIP und alle möglichen Freihandelsabkommen ab. Meine Damen und Herren, wer die Grenzen im wirtschaftlichen Raum nieder lässt, der entzieht dem Exportland Bayern die wirtschaftliche Basis.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Da genügt es nicht, Herr Gehring, wenn Sie über die Wahl von Trump filibustern, sondern es geht darum, die praktische Politik so auszulegen, dass wir vernünftige Wettbewerbsbedingungen haben. Wer zu solchen internationalen Abkommen nicht Ja sagt, der öffnet die Tür für wilden Kapitalismus. Wir müssen die Globalisierung zähmen, und das machen wir mit solchen Abkommen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: So absurd können nur Sie argumentieren! Das ist ja der größte Schmarrn aller Zeiten!)

Meine Damen und Herren, die Frage des Mittelstands ist aufgeworfen worden. Bayern ist das Mittelstandsland Nummer eins in Deutschland. Herr Kollege Glauber, wir sind das auch bei den Start-ups. Für die Wirtschaftsministerin ist die Förderung von Gründerzentren im digitalen Bereich und sonstiger Start-ups ein ganz besonderes Herzensanliegen. Ich halte das für genau richtig, meine Damen und Herren. Wir sind, was Unternehmensgründungen angeht, an zweiter Stelle nach Berlin.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Nach Berlin? Um Gottes willen!)

– Nach Berlin, ja, richtig! Und Berlin, das muss ich doch einmal sagen, ist zum Teil Fördergebiet Ost, ist zum Teil in besonderer Weise ein Aufbaugebiet und hat eine miserable Arbeitsmarktbilanz. Da muss ich einmal sagen: Für die Berliner Situation müsste sich die SPD schämen! Deshalb braucht Berlin für eine vorübergehende Zeit mehr Förderung.

Aber wir sind sowohl beim traditionellen Mittelstand als auch beim modernen Mittelstand erfolgreich. Wir sind erfolgreich bei den großen Unternehmen. Dass IBM sein Forschungszentrum mit 2.000 Leuten in Bayern ansiedelt, dass Microsoft nach München geht, dass GE das Forschungszentrum in München-Garching hat, ist der Ausweis einer modernen Forschungs- und Innovationsinfrastruktur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Ich möchte die Wirtschaftsministerin ausdrücklich dabei unterstützen, die Technologieförderung noch mehr auf den Mittelstand auszurichten. Wir haben in Deutschland einen Anteil von Forschung und Entwicklung von rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts. In Bayern ist der Anteil höher, was auch an den sehr großen Unternehmen liegt. Aber, was die Flexibilität angeht, ist gerade auch Forschungs- und Technologieförderung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen wichtig und notwendig. Deshalb unterstützen wir die Intention, die Forschungsförderung auch so zu verändern, dass kleine und mittlere Unternehmen noch sehr viel mehr an Forschungstöpfe herankommen; denn, meine Damen und Herren, wir werden den Wettbewerb in der globalisierten Welt nicht durch Lohndumping gewinnen, sondern nur durch Innovation und dadurch, dass wir technologisch immer um eine Pferdelänge voraus sind.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema der regionalen Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern sagen, das Frau Karl schon angesprochen hat. Da ich die Gnade der frühen Geburt habe, kann ich auf einen längeren Zeitraum,

(Zuruf des Abgeordneten Hans Reichhart (CSU))

– Kollege Reichhart, du kannst dann in drei Jahrzehnten die gleiche Rede halten! –

(Lachen bei der SPD)

auf eine lange Entwicklung in Bayern zurückblicken. Da muss ich sagen: Die regionalen Disparitäten und Unterschiede waren noch nie so klein wie heute.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

– Herr Kollege, ich rechne Sie ja sowieso zu den Postfaktischen; denn von Fakten sind Sie ja noch nie ausgegangen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Wenn man heute sieht, dass in den besten Regierungsbezirken, in der Oberpfalz und in Niederbayern, die Arbeitslosenquote bei 2,8 % und 2,9 % liegt, während sie im schwierigsten Bezirk bei 4,3 % liegt, und wenn man sieht, dass diese Bezirke nur um 1,5 Prozentpunkte auseinanderliegen, dann muss ich sagen: Nennen Sie mir eine Region in Europa mit 13 Millionen Einwohnern, in der die regionalen Unterschiede so klein sind wie in Bayern. Das gibt es nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das gibt es nicht!)

Das gibt es nicht mehr! In Frankreich, in Italien, in Großbritannien sind ganze Landstriche verwaist, gibt es Dörfer und Kleinstädte, die keine Zukunft haben. In Bayern hat jeder Landstrich Zukunft. Man wird es nie so hinbringen, dass es überall paradiesisch und gleich ist. Natürlich haben wir auch Probleme, beispielsweise in Oberfranken im Bereich von Hof oder im Bereich Unterfranken, und auch im Alpenbereich müsste man das eine oder das andere tun.

(Zuruf von der SPD: Da haben Sie ja lange Zeit gehabt!)

Wir müssen uns auch ein bisschen mehr der negativen Seiten des Wachstums in den urbanen Wachstumszentren annehmen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Das ist etwas, was der CSU vielleicht nicht von Haus aus auf den Leib geschneidert ist. Wir sind die Partei, die für die gesamte Fläche ungeheuer kräftig arbeitet. Aber wir sehen, dass wir beispielsweise in München mit Mieten, mit Immobilienpreisen, mit Verkehr und mit Belastungen auch große Probleme haben. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass Bayern insgesamt blüht, dass die junge Generation Chancen hat, dass wir einen dynamischen Mittelstand haben und dass wir auch in fünf oder zehn Jahren in Deutschland und in Europa vorne sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Huber. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Huber, ich hätte eine Bemerkung zu den Migranten und Migrantinnen, möchte aber mit TTIP und CETA beginnen. Ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie der wilden Globalisierung das Wort reden können. Herr Huber, ich bin froh, dass meine FREIE-WÄHLER-Fraktion TTIP und CETA, so wie es jetzt ist, ablehnt.

(Zuruf von der CSU: Sie haben keine Ahnung von CETA!)

Denn wir sind eben für hohe Standards, und diese Standards haben wir Parlamentarier im Bayerischen Landtag und die Bundestagsabgeordneten natürlich im Griff. Es ist ganz klar so: Wir haben hohe Verbraucherschutzstandards, wir haben Lebensmittelstandards, wir haben Umweltstandards. Also von wegen wilde Globalisierung! Wer TTIP und CETA ohne Parlamentarier im Hinterzimmer aushandelt, ohne Landtagsabgeordnete,

(Markus Blume (CSU): Ohne Landtagsabgeordnete!)

stellt sein Licht ganz schön unter den Scheffel. Da frage ich mich, wie Sie dann so einem Abkommen das Wort reden können. Dafür würde ich die Hand nicht ins Feuer legen. Deshalb setzen wir auf unsere hohen Standards.

Nun zu den Migranten und Migrantinnen: Wenn Sie schon von Migranten und Migrantinnen sprechen – und ich gebe Ihnen recht, dass die Wirtschaft hier eine große Leistung übernimmt –, dann gebe ich Ihnen den Tipp: Engagieren Sie sich für eine Regelung, die der 3-plus-2-Regelung folgen könnte, denn die wird zu wenig sein. Wenn wir Menschen in unsere Gesellschaft integriert haben, wenn diese Menschen unsere Sprache erlernt haben, dann sollen sie auch unserer Volkswirtschaft weiter nutzen können. Also denken Sie auch über 3 plus 2 hinaus; denn das ist volkswirtschaftliche Zukunftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Schwacher Applaus!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, bitte.

Erwin Huber (CSU): Ich glaube, dass in ganz Europa und in ganz Kanada kein Mensch auf die Idee kommt, die Verhandlungen zu CETA der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag zu übertragen.

(Anhaltendes Lachen und Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wo er recht hat, hat er recht!)

Sie dürfen ja dagegen sein, aber da muss ich sagen: Die Karawane zieht zu Recht weiter. Aber Sie haben mich im Grunde völlig missverstanden. Ich rede der wilden Globalisierung gerade nicht das Wort, sondern ich möchte eine Zähmung der Globalisierung. Die deutschen Standards allein können es nicht richten. Wir brauchen für den internationalen Handel, für den Warenaustausch und für Investitionen Regeln. Diese Regeln wird uns die internationale Organisation aber leider nicht bringen. Deshalb ist der Weg über Abkommen wie beispielsweise das zwischen Europa und Kanada genau der richtige Weg, um Standards nach unseren Mustern zu verankern. Eigentlich ist das ein Musterbeispiel einer modernen internationalen Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD hat sich mit CETA ein bisschen schwer getan. Jetzt sind wir aber gemeinsam im Boot. Zur Aussage, das Ganze wäre in Hinterzimmern und undemokratisch durchgeführt worden, muss ich schon einmal Folgendes sagen: Auf europäischer Seite werden sich das Europäische Parlament und 28 – wenn der Brexit vollzogen ist 27 – nationale Parlamente und noch ein paar regionale Parlamente, je nach der nationalen Verteilung, also rund 40 Parlamente mit dem Vertragstext von CETA beschäftigen. Wer also weiter behauptet, das wäre nicht demokratisch, der bellt den Mond an. An-

ders kann ich das nicht sagen; denn das geht völlig an der Realität vorbei. Wer soll es denn sonst entscheiden?

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, die zwei Minuten für die Zwischenbemerkung sind abgelaufen.

Erwin Huber (CSU): Mit der Migration sind wir sowieso besser, das brauche ich nicht zu begründen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich bin ein bisschen enttäuscht von Ihnen. Sie treten uns GRÜNEN, anders als bei zu anderen Events, heute relativ entspannt gegenüber. Ich bin von Ihnen anderes gewöhnt. Das ist wahrscheinlich Altersmilde.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der CSU: Diskriminierung!)

Ich darf Sie aber auch loben, denn Sie sind anscheinend der einzige der CSU hier im Landtag, der die wahren Probleme sieht und sie auch benennt. Sie haben klar gesagt, dass Sie bestimmte Probleme sehen, die auch die CSU zu bearbeiten hat. Dafür möchte ich von unserer Seite hier auch einmal Dank aussprechen. Vielen Dank, dass auch vonseiten der CSU hier im Haus eine realistische Sichtweise dargelegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Ein vergiftetes Geschenk!)

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Mütze, Sie wissen aus unserer gemeinsamen Zeit im Wirtschaftsausschuss, dass ich Sie sehr schätze. Dass Sie mir aber mit einem Lob so schaden wollen, das hätte ich nicht vermutet.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich habe nämlich sowieso einen schweren Stand in meiner Fraktion, weil manche Himmelsstürmer langsam den Verdacht haben, der Huber würde zu sehr der Altersmilde verfallen, weil er der SPD, den GRÜNEN und gelegentlich auch den FREIEN WÄHLERN entgegenkommt und dergleichen mehr.

(Georg Rosenthal (SPD): Die Einsicht ist gewachsen!)

Wenn Sie mich so herausfordern, dann werde ich das nächste Mal wieder meine Giftzähne mitnehmen. Ich habe sie nur heute vergessen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es geht doch darum, deutlich zu machen, dass wir als Landesparlament mit den Möglichkeiten, die wir haben, unsere Verantwortung für die Zukunft des Landes wahrnehmen. Es geht darum, Chancen zu erkennen und Chancen wahrzunehmen. Das betrifft den Haushalt, aber auch die Rahmenbedingungen, die wir setzen. Wir sagen beispielsweise in der beruflichen Bildung: Wir setzen auf den Meister. Jetzt komme ich dazu, Frau Ministerin, dass Bayern einen Meisterbonus hat und bei der Meisterprüfung die Förderung macht. Wir sagen: Wir brauchen die duale Bildung, und die wird in der Zukunft bedeutsamer sein als das, was die SPD macht, nämlich auf die Abiturientenquote und auf die Akademikerquote zu sehen. Wir werden sehr viel mehr Fachkräfte in der Zukunft brauchen.

(Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Auch das ist ein Element erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt habe ich gerade gesehen, dass auch sehr junge Kräfte bei der CSU applaudiert haben. Ich bedanke mich, das ist mir ein großer Ansporn.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, ich muss Sie bitten, noch dazubleiben. Jetzt hat sich Frau Karl gemeldet. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Huber, erst einmal zu Ihrer letzten Bemerkung: Die SPD hier in Bayern hat als erste gefordert: Wenn die Studiengebühren abgeschafft werden, dann muss auch die Meisterausbildung kostenfrei gestellt werden. Es sind also gerade wir, die großen Wert auf die berufliche Ausbildung legen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Frage: Stimmen Sie mit mir überein: Wenn TTIP praktisch an die Wand gefahren wurde, dann liegt das daran, dass von Anfang an intransparent verhandelt worden ist, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mit einbezogen worden sind? Stimmen Sie mit mir überein, dass bei CETA ein Lernprozess stattgefunden hat, was die Partizipation angeht, dass CETA deshalb auch zu einem Ergebnis gekommen ist und dass das insbesondere ein Verdienst der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa ist?

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Erwin Huber (CSU): Frau Kollegin Karl, was CETA angeht, so hat Ihr Parteivorsitzender Gabriel eine wilde Zickzacktour hinter sich. Mal war er dafür, mal war er dagegen.

(Florian von Brunn (SPD): Er hat es wenigstens verbessert!)

In der Schlussphase hat der dann die Kurve noch richtig gepackt. Ich halte es für einen großen Vorteil, dass es gemeinsam gelungen ist, CETA unter Dach und Fach zu bringen.

(Florian von Brunn (SPD): Aber von euch kam kein Verbesserungsvorschlag!)

Das könnte durchaus ein Modell für weitere Abkommen sein, auch das, was im Hinblick auf die Schiedsgerichte vereinbart worden ist. Dem stimme ich zu. Man kann na-

türlich bei TTIP Transparenz von Anfang an fordern. Man muss aber auch sehen, was leistbar ist. Es gibt 500 Millionen Bürger in Europa und 300 Millionen in den USA. Es ist nicht möglich, dass 800 Millionen Bürger unmittelbar miteinander verhandeln.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Aber sonst eine Koalition mit dem Bürger!)

Das muss von den dafür berufenen Institutionen gemacht werden, also bei uns von der Europäischen Union und auf der anderen Seite von den Vereinigten Staaten. Die müssen miteinander verhandeln.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Ob das unter den neuen Bedingungen der Vereinigten Staaten von Amerika überhaupt noch aussichtsreich ist, kann man nicht sagen. Wünschenswert wäre es aber schon. Wenn es nämlich zu Vereinbarungen kommt zwischen den USA und dem pazifischen Raum, dann könnte es sein, dass dort eine Privilegierung des Handels mit China und anderen Staaten erfolgt und wir dann nur noch die zweite Geige spielen. Man muss erst einmal sehen, was kommt.

(Florian von Brunn (SPD): Und deshalb sollen wir alles unterschreiben?)

Auf der anderen Seite ist festzustellen, und das ist wirklich ernst zu nehmen, dass sich bei TTIP in Deutschland ein gewaltiger Antiamerikanismus auf den Straßen ausgetobt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Hier nehme ich ein Wort auf, das die Vorsitzende der CDU beim Parteitag der CDU gesagt hat: Wenn der Kampf gegen CETA und TTIP Hunderttausende Menschen auf die Straße bringt, sich aber keine Demonstration wegen der verheerenden Situation in Aleppo ergibt, dann stimmt etwas mit den Werten in Deutschland nicht.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Huber, auch für die geleisteten Überstunden. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Knoblauch. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Frau Karl hat schon die Position der SPD – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Knoblauch, Entschuldigung, können Sie ein bisschen näher an das Mikrofon kommen?

Günther Knoblauch (SPD): Da werde ich das Redepult ein bisschen höher fahren.

(Annette Karl (SPD): Du bist schon ein Großer!)

Ich weiß nicht, bin ich zu groß oder zu klein.

(Georg Rosenthal (SPD): Bürgermeister dürfen das Pult höher fahren!)

Frau Karl hat die Positionen der SPD schon dargestellt. Ich möchte aber noch einige Punkte nach dieser Diskussion verdeutlichen. Herr Huber, eines bleibt bei CETA auf alle Fälle: Sie hätten die Geheimgerichte akzeptiert, ohne die SPD wären sie nicht weggekommen. Das muss man doch einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vorhin haben wir gehört: Wir Bayern sind die Schönsten, die Größten und die Besten.

(Beifall bei der CSU – Annette Karl (SPD): Sowieso!)

Wenn wir die 60 Milliarden des jährlichen Haushalts für 2017 und 2018 bereitstellen, und bedenken, dass wir in diesem Einzelplan 07 eine Milliarde Euro zu verteilen haben, dann müssen wir doch einmal eines machen: Wir müssen den Bürginnen und Bürgern danken, die das mit ihrer Arbeit, mit ihrem Einsatz überhaupt ermöglicht haben. Sie bezahlen das alles mit ihren Steuern, die wir dann verteilen können. Das

war kein Beschluss von irgendjemandem, sondern das haben die Leute draußen erarbeitet und geleistet.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Bravo!)

Ich möchte auch den Verantwortlichen in der Industrie, beim Handwerk, in der Wirtschaft, beim Handel und in der Dienstleistung danken. Ich möchte auch den Beschäftigten selbst danken – das haben wir heute bis jetzt vergessen –: den Betriebsräten, den Verantwortlichen in den Gewerkschaften, die durch eine verantwortungsvolle und kalkulierbare Tarifpolitik zur Stabilität unserer Wirtschaft beigetragen haben. Ohne sie wäre es überhaupt nicht gegangen. Das müssen wir in so einer Debatte auch einmal feststellen.

Herr Jörg, lassen Sie mich noch eines sagen. Sie haben gesagt, wir wollten mehr Steuern. Keiner von uns fordert mehr Steuern. Wir fordern Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ein Lohnsteuerzahler zahlt jedes Jahr seine Steuern. Diejenigen, die sehr viel Steuern zu zahlen haben, haben ihre Armaden von Steuerberatern, und mit ihnen wird versucht, die Steuern möglichst zu sparen. Wenn jeder seine Steuern gerecht bezahlen würde, hätten wir so viel Geld, dass wir die Steuern sogar senken könnten. Letztes Mal haben wir uns über die Verfassung sehr gefreut. Deshalb möchte ich vortragen, was in Artikel 151 steht: "Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle", nicht nur für Gutverdiener.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, noch einige Punkte seitens unserer Fraktion. Wenn wir den Regierungsentwurf betrachten, bemerken wir sicher, dass er einige Schwerpunkte aufweist und einige Inhalte positive Reaktionen sind. Die tragen wir auch mit. Einiges davon geht nicht zuletzt auf die Oppositionsanträge in der Vergangenheit zurück. Al-

lein zu diesem Einzelplan liegen in diesem Jahr 60 Änderungsanträge vor. Selbst die CSU hat gemerkt, dass der Regierungsentwurf Mängel hat, und hat 11 Änderungsanträge gestellt. Nachdenklich macht mich, dass sich die Euphorie der CSU bei einer Betrachtung des Einzelplans im Überblick von selbst begrenzt. Bei einem Drittel der Ausgabenprogramme, die wir dringend bräuchten, ist ein Stillstand oder ein Rückschritt bei der Dotierung festzustellen. Wir haben die Aufgabe, den Menschen in der Wirtschaft zu sagen, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass sie eine gute Zukunft haben.

Wir haben einen Fachkräftemangel zu verzeichnen. Es ist angesprochen worden, dass wir in der Wirtschaft oftmals einen Fachkräftemangel wahrnehmen. Aber einen Aspekt möchte ich auch in dieser Debatte ansprechen: Frau Ministerin, sprechen Sie einmal mit Ihrem Innenminister. Der Herr Huber hat gesagt, wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge in Arbeit gekommen sind. Zugleich sagen immer mehr Firmen: Uns wird der Lehrling weggenommen; uns wird der Arbeiter weggenommen, der sich integriert hat, der Deutsch kann, der eine Wohnung hat, der Steuern zahlt, während wir für dieselbe Arbeit keinen Deutschen finden; diesen Arbeiter nehmen Sie uns weg. Das kann doch nicht sein.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Immer das Gleiche! Das stimmt nicht! Ihr kapiert das einfach nicht!)

Betroffen sind auch viele Bereiche des Handwerks. Man muss sehen: Viele Handwerksbetriebe haben keine Möglichkeit mehr, einen Lehrling zu bekommen. Wer macht noch einen Bäcker, wer macht noch einen Metzger, wer geht in die Gastronomie? – Gleichzeitig gibt es Leute, die auch hier arbeiten würden, und die nimmt man weg. Reden Sie einmal mit dem Herrn Innenminister Herrmann, dass er Ihnen da ein bisschen besser zur Seite steht!

(Beifall bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Bravo! – Harald Güller (SPD): Das kann man nicht oft genug sagen, auch wenn sie es nicht verstehen, die Schwarzen!)

Leider wurden alle unsere Anträge im Haushaltsausschuss abgelehnt.

Heute wurde schon etwas zur Existenzgründung gesagt. Man muss sich das einmal vorstellen: Dafür sind lediglich 100.000 Euro mehr im Haushalt vorgesehen. Das ist ein lächerlicher Betrag für Bayern. Man müsste da Impulse setzen und eine Gründungsdynamik hinbekommen. Dasselbe gilt bei der Materialforschung. Dort sollte man nicht nur einzelne Projekte, sondern bayernweit fördern.

Für das Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Million vorgesehen. Frau Ministerin, Sie haben bei seiner Eröffnung gesagt, dass es ein ganz wichtiges Standbein der Wirtschaft ist und es nur knapp hinter der Automobilindustrie und dem Maschinenbau rangiere. Bei einem so wichtigen Anliegen nur eine Million – das ist viel zu wenig.

Es gibt weiter den Raum mit besonderem Handlungsbedarf; das wurde schon angesprochen. Es ist für die Landkreise draußen unerträglich, wenn sie zwar gehört haben, dass sie mehr bekommen, aber die Mittel dafür nicht aufgestockt worden sind. Das ist ein Manko, das sich im ländlichen Raum auswirken wird. Dabei gibt es draußen insbesondere beim Mittelstand eine Qualität. Man darf nicht nur hier etwas behaupten, sondern muss es auch draußen in die Tat umsetzen.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): So ist es!)

Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten. – Lieber Kollege Stöttner, beim Tourismus gab es 2015 ein Ist von 11 Millionen Euro, und jetzt wird der Betrag auf 6,9 Millionen Euro reduziert.

(Klaus Stöttner (CSU): Nein! Das stimmt nicht!)

– Dann schauen Sie im Haushalt nach. – Wenn wir gegenüber unseren Nachbarn, die ganz schwer in Infrastruktur investieren, konkurrenzfähig sein wollen, sollten wir genau hier stärker fördern. Wichtig sind vor allen Dingen die Kommunen, die etwas für ihre Tourismuseinrichtungen tun.

Letztlich ist es bei der Förderung des regionalen Fernsehens genau gleich. Hier wird es überhaupt nicht akzeptiert, wenn die BLM sagt, was man dringend bräuchte, sondern es wird reduziert.

Uns ist aufgegeben, dass wir uns an die Verfassung halten. Wir sollten viel stärker an das denken, was der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang gesagt hat; ich habe mir vorgenommen, das heute darzulegen. Wir wissen sicher, dass unsere Anträge, die abgelehnt worden sind, heute nicht genehmigt werden. Wir nehmen an, dass die CSU keine Nachsicht haben wird. Aber wir haben die Zuversicht, für die Menschen, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Verantwortlichen in der Wirtschaft weiter bessere Bedingungen zu schaffen. In diesem Sinne kämpfen wir. Wie der Ministerpräsident gesagt hat: Wer Geduld hat, wird sein Ziel erreichen. – Wir haben die Geduld und werden uns immer und immer wieder für unsere Ziele einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Knoblauch. – Jetzt spricht Kollege Mütze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, Frau Ministerin, Herr Staatssekretär! Ich muss auf die Vorredner eingehen, auch wenn es Redezeit kostet. Lieber Kollege Stöttner, du hast kritisiert, dass wir die Luft- und Raumfahrtförderung nicht unterstützen. Das ist für uns eine klare Sache. Wer an einer bayerischen waffenfähigen Drohne arbeitet, kann nicht mit der Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rechnen. Das ist vollkommen klar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Markus Blume (CSU))

– Das hat sehr wohl etwas damit zu tun. – Lieber Herr Vorsitzender, lieber Kollege Huber, überschätzen Sie sich nicht, indem Sie sagen, wir würden uns beim Geräusch aufhalten. Bei einem Haushalt von fast 60 Milliarden Euro beträgt das Volumen des Einzelplans 07 etwas über eine Milliarde. Ich glaube, da bewegt die CSU mit dem Wirtschaftsministerium etwas im Geräusch, nicht wir.

Zur Altersarmut: Gerade Sie aus Niederbayern, Herr Huber, müssten wissen, dass dort die Frauen zu finden sind, die es am schwersten haben, was die Altersarmut angeht, weil sie hinsichtlich der Rente am wenigsten zu erwarten haben. Vielleicht sollten Sie sich in Niederbayern mal um diese Frauen kümmern. Das wäre mal was.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein letzter Hinweis: Klar ist auch, wer Steuergerechtigkeit haben will, der darf in Bayern nicht CSU wählen, sondern der muss Rot oder Grün wählen. Dann wird er Steuergerechtigkeit bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CSU)

Auch das ist eine Weisheit, die die Leute draußen schon lange kennen.

Drei Punkte waren in diesem Haushalt für uns wichtig. Der erste betrifft die Evaluation. Der Freistaat unternimmt in den Wirtschaftshaushalten vieles; aber wir wissen nicht, was dabei herauskommt, was mit den Geldern passiert und ob wir erfolgreich sind. Evaluation ist das große schwarze Loch in diesem Haushalt. Es ist das große schwarze Loch, nach dem auch wenig gefragt wird. Leider lassen sich die Kolleginnen und Kollegen von der CSU gerne abspeisen, wenn das Wirtschaftsministerium sagt: Wir sind erfolgreich. Ob das denn so stimmt, steht immer infrage. Ein Beispiel dabei ist die Clusterförderung. Die Clusterförderung wird immer kämpferisch als Erfolg dargestellt. Wissen Sie eigentlich, dass drei dieser Cluster schon lange eingestampft sind? Ich würde gerne wissen, ob zumindest die Kollegen im Wirtschaftsausschuss das wis-

sen. Die Cluster sind inzwischen wegen Erfolglosigkeit geschlossen. Das zu erfahren, wäre natürlich wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das andere ist das Thema Digitalisierung. Ich muss ein bisschen durch die Themenfelder galoppieren. Zwei Ministerien kümmern sich inzwischen darum. Man kann natürlich fragen, ob es von Erfolg gekrönt sein kann, wenn sich zwei Minister um die Digitalisierung kümmern. Ein E-Dorf, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich gönne das diesen beiden Dörfern, diesen beiden Regionen in der Oberpfalz und im Bayerwald. Nur: Müssten wir uns nicht viel mehr um die Grundversorgung kümmern? Wir brauchen die 100 Mbit-Versorgung, nicht die 30 Mbit-Versorgung, und wir brauchen sie schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fördern immer noch die Verlegung von Kupferkabeln, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das kann es doch nicht sein. Darum sollten Sie sich kümmern. Allein 80 Gemeinden in Unterfranken warten noch auf eine vernünftige Versorgung. Nächstes Jahr werden es noch 51 Gemeinden sein. Wir müssen diese Gemeinden fördern, und zwar gescheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Feigenblatt, welches im Haushaltsausschuss mit den drei Anträgen der CSU-Fraktion zur Alpenstrategie noch kam, ist das Letzte. Wir sehen Ihr Verhalten am Riedberger Horn, wie Sie dort mit internationalem Recht und Bundesrecht umgehen und sich darüber hinwegsetzen. Dann sehen wir, wie Sie mit drei marginalen Anträgen so tun, als wollten Sie sich für die Alpen einsetzen. Das ist lächerlich. Lassen Sie das. Das ist unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Mütze. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Blume. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Kollege Mütze, ich bin ehrlich darüber betrübt, dass Sie sich so wenig mit dem auseinandersetzen, worüber Sie hier zu beschließen haben.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Keine Sorge!)

In Bezug auf den Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn haben Sie etwas von Drohnen und von Kriegsgerät und dergleichen fabuliert. Ich darf Sie ganz vorsichtig darauf hinweisen, dass es hier um die Zukunft des Fliegens geht, und zwar eine Zukunft, der auch Sie offen gegenüberstehen müssten. Dort ist geplant, ein Systemhaus für elektrisches Fliegen aufzubauen. Dort wird an Algenkerosin, Algensprit, geforscht. Dort wird eine Plattform entwickelt, wie man Systeme in der Luft auch gegen Angriffe von außen sicher machen kann. Ich kann daran überhaupt nichts Schlechtes erkennen, sondern das zeigt, wie intelligenter Fortschritt in Bayern aussieht. Wer dem nicht zustimmen kann, der hat generell ein Problem mit Fortschritt. Das würde freilich einiges erklären. Vielleicht können wir das jetzt noch klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Zu der Frage, wer hier fortschrittsfeindlich ist, nenne ich nur die E-Mobilität, die ja von Ihrer Seite immer gern kritisiert wird. Ich glaube, von daher ist es auf Ihrer Seite mit Fortschrittsfreundlichkeit nicht so weit her.

(Sandro Kirchner (CSU): Antwort!)

– Die Antwort? – Ja, natürlich. Lieber Kollege Blume, ich muss da mit einer Gegenfrage antworten. Schließen Sie aus, dass bayerische Unternehmen an der Entwicklung einer waffenfähigen Drohne beteiligt sind oder schließen Sie das nicht aus? Solange Sie es nicht ausschließen können, können wir dem nicht zustimmen. Ganz einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön.

(Staatsministerin Aigner erhebt sich von ihrem Platz)

– Frau Staatsministerin, wir haben zuvor noch eine Wortmeldung vom Kollegen Häusler. Bitte sehr.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung in Handwerk, Mittelstand und Medien ist zwar nicht der umfangreichste Teil, wie man heute gesehen hat, aber doch ein ganz wesentlicher Teil des Einzelplans 07 des Doppelhaushalts 2017/2018. Das ist heute ein sehr zentrales Thema in der Diskussion.

Ich möchte mich auf den Mittelstand insgesamt konzentrieren und fokussieren; denn der Mittelstand ist letztendlich der Stabilitätsfaktor unserer Volkswirtschaft. Er bildet das Rückgrat der sozialen Sicherheit in unserem Lande insgesamt. Die KMUs, also die kleinen und mittleren Unternehmen, stellen über 80 % aller Ausbildungsplätze in der Wirtschaft zur Verfügung. Ich denke, in diesem Zusammenhang werden sich einige noch an die Wirtschaftskrise von 2008 bis 2011 erinnern, als genau diese Betriebe ihre Mitarbeiterschaft auch unter schwierigsten Bedingungen weiterbeschäftigt haben. Das war bei den internationalen Konzernen nicht so.

Aber auf unsere Mittelständler und Handwerksbetriebe kommen gewaltige Herausforderungen zu. Das gilt in einem ganz erheblichen Maße durch den Fachkräftemangel. Es wird prognostiziert, dass bis 2030 fünf Millionen Facharbeiter fehlen werden. Auch die Digitalisierung der Arbeitswelt und neue Kommunikationsformen sind hier gegenständig. Ich erinnere an das Thema Handwerk 4.0, aber auch an das Thema Industrie 4.0. Über die vierte industrielle Revolution ist heute schon viel gesprochen worden. Die Digitalisierung wird häufig als Thema und Herausforderung vor allem für die Indus-

trie, aber auch für Start-up-Unternehmen im Dienstleistungssektor gesehen. Allerdings greift diese Betrachtungsweise zu kurz. Gerade unsere Mittelständler sind auf die Digitalisierung angewiesen und können daraus Chancen und insbesondere neue Märkte erschließen. Das gilt übrigens auch für unsere regionalen Radio- und Fernsehsender. Wir müssen dieses Thema stärker in den Fokus rücken. Einer nordschwäbischen Möbelfabrikant hilft es beispielsweise wenig, wenn wir in München ein Zentrum für Digitalisierung und Start-ups haben, die Fabrikant selber aber noch mit Kupferdrähten ins Internet gehen muss. Dieser Betrieb würde vielleicht gern eine Online-Geschäftsidee umsetzen. Das hängt aber von der Infrastruktur ab, die derzeit noch unzeitgemäß ausgebaut ist. Wir haben in Bayern ein sehr gutes Breitbandprogramm, vielleicht das beste oder umfänglichste in der Bundesrepublik Deutschland.

(Klaus Stöttner (CSU): Stimmt, ja!)

– Das haben wir, ja. Das haben wir immer anerkannt. Allerdings müssen wir natürlich ein Stück weit differenzieren, und zwar auch deshalb, weil 30 Mbit/s bei uns bereits als schnelles Internet gelten. Ich darf daran erinnern: Diejenigen Kommunen, die das frühzeitig eingeleitet haben, haben heute das Problem der Fortführung. Wir haben ein Bundesprogramm, das bei 50 Mbit/s ansetzt. Auch diesen Spagat müssen wir auflösen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, daran zu arbeiten. Aber insbesondere die Ablehnung der Gigabitoffensive für den Mittelstand, die so wichtig ist, können wir und können viele, denke ich, nicht verstehen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

weil das Breitbandprogramm bei uns im Moment diese Bremse mit den 30 Mbit/s hat. Unsere Unternehmen, das sind auch die Mittelständler, das sind Praxen, das sind Freischaffende, brauchen heute eine Bandbreite von 200, 300, vielleicht 500 Mbit/s. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden, um auch hier international an der Spitze zu stehen. Ich glaube, das ist wichtig. Wir müssen diese Wirtschaftlichkeitslücke schließen, damit sich unsere Unternehmen diesen Anschluss leisten können. Ich glau-

be, da wären zehn Millionen Euro jährlich ein guter Ansatz und Einstieg. Unsere Handwerks- und Mittelstandsbetriebe brauchen genau dieses Programm. Das gilt im Übrigen, Kollege Stöttner, auch für die Tourismusförderung. Sie muss in genau diesem Punkt greifen.

Ich komme noch zur Medien- und Rundfunkpolitik. Hier legen wir den Fokus ganz gezielt auf die flächendeckende Digitalisierung und auf die Qualitätsverbesserungen. Wir sehen den Freistaat Bayern in der Pflicht, die lokalen Rundfunk- und Hörfunksender insbesondere bei der Umstellung auf HD bzw. DAB+ finanziell stärker zu unterstützen. Diese sind nämlich nicht in der Lage, die hohen Umstellungskosten aus eigener Kraft zu stemmen. Ansonsten sehen wir die Gefahr eines Ungleichgewichts zwischen öffentlich-rechtlichen und großen privaten Sendern sowie kleinen Regionalsendern. Dazu wollen wir – das haben wir mehrmals erfolglos vorgeschlagen – die Erlöse der Digitalen Dividende II verwenden. Ich darf in dieser Debatte daran erinnern, dass mit der Regionalisierung der nationalen TV-Anbieter SAT.1, Pro Sieben und RTL aufgrund der Öffnungsklausel im Rundfunkstaatsvertrag, die Bayern durchgesetzt hat, letztendlich die Axt an die Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Verlage und Sender angelegt wird. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir den Hörfunk und DAB+ jährlich mit drei Millionen Euro fördern und für die HD-Umstellung beim regionalen Fernsehen zwei Millionen Euro drauflegen. Das sind insgesamt zehn Millionen Euro, die die Vielfalt unserer Rundfunklandschaft auch in diesen sogenannten postfaktischen Zeiten sehr wohl sichern. Das sollte es uns wert sein. Deshalb ist es für uns ganz wichtig, dass diese Themen durchgehen. Wir sind ein bisschen entrüstet, dass solche Themen im Bayerischen Landtag, teilweise im Wirtschaftsausschuss, durch Geschäftsordnungsanträge ausgehebelt wurden. Das ist nicht verständlich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, ich wollte noch ein paar Takte zur beruflichen Bildung sagen, aber jetzt ist es vorbei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Leider. So viele Takte haben wir nicht mehr übrig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Das wäre schön, aber ich glaube, wir sind uns einig, dass die berufliche Bildung gleichrangig mit der akademischen Bildung sein sollte und hier insbesondere an Berufsschulen noch große Anstrengungen zu erbringen sind. – Danke.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke auch, Herr Kollege.– Frau Ministerin, jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Vielen Dank. Herr Vizepräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bei den Kollegen des Haushaltsausschusses, aber auch des Fachausschusses für die sehr konstruktive Diskussion bedanken, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen, aber auch darüber hinaus geführt haben; denn wir dürfen hier einen der zentralen Haushalte bewerten.

Ich möchte mit einem Zitat unseres Ministerpräsidenten von gestern beginnen: Verlässlichkeit und Verantwortung für unser Land, das ist unser Selbstverständnis, und seit 70 Jahren stehen wir in Bayern für Kontinuität und Weitblick. Das hat sich auch ausgezahlt, meine Damen und Herren. Die Kontinuität und den Weitblick kann man in Zahlen fassen, und zwar in Wachstumszahlen unserer Wirtschaft. Sie sind, auch wenn das vielleicht nicht alle so sehen, einer der Ausweise dafür, dass wir richtige Weichenstellungen vorgenommen haben. Seit 20 Jahren haben wir beim Wirtschaftswachstum den Platz 1, und wenn wir nicht den Platz 1 hatten, hätten wir den Platz 2.

Liebe Frau Karl, Sie haben konzidiert, dass es unserer Wirtschaft gut geht. Ich will ausdrücklich sagen, dass das sehr viel mit den Menschen in unserem Land, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor allem aber auch mit den Unternehmern zu tun hat. Ich sage Ihnen eines: Auch in anderen Ländern, wie zum Beispiel in Nord-

rhein-Westfalen, gibt es sehr viele fleißige Menschen; aber sie werden einfach schlechter regiert. Diese Tatsache gehört leider auch dazu.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann mich bei der ganzen Reihe meiner Vorgänger bedanken, die gute Weichenstellungen vorgenommen haben. Einer hat vorhin schon gesprochen. Lieber Erwin Huber, auch du hast als Wirtschaftsminister in deiner Verantwortung ganz wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Aber auch viele Wirtschaftsminister in den Jahrzehnten vorher haben eine hervorragende Entwicklung in diesem Land ermöglicht, auf die wir durchaus stolz sein können. Wir haben uns immer über Erfolge gefreut. Ich glaube, das darf man auch. Man hat aber immer gesehen, dass Wirtschaft ein lebendes System ist und wir immer wieder die Weichen für Modernisierung stellen müssen. Dabei ist die Digitalisierung mit Sicherheit ein ganz wesentliches Thema. Dazu gehören aber auch andere Rahmenbedingungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich haben wir auch globale Herausforderungen. Ich sage das ganz ausdrücklich, weil wir bei aller Wertschätzung für die Binnenkonjunktur ein Land sind, das ganz wesentlich auch vom Export lebt. Über 50 % unserer Wirtschaft sind vom Export abhängig. Deshalb sind die internationalen Rahmenbedingungen für uns sehr wichtig. Sie sind in der letzten Zeit nicht unbedingt leichter geworden. Ich spreche als ein Beispiel nur den Brexit an. Übrigens ist Großbritannien einer der stärksten Absatzmärkte für Deutschland. Was momentan in Italien passiert, stützt uns auch nicht unbedingt, und innerhalb der Europäischen Union wird es schwieriger. Umso wichtiger – meine Kolleginnen und Kollegen, da stimme ich Erwin Huber ausdrücklich zu – sind für uns Rahmenbedingungen für einen weltweiten Handel. Lieber Herr Glauber, ich schätze Sie ja sehr. Aber ich hätte schon erwartet, dass Sie jetzt, nachdem CETA vorliegt, nicht wiederholen würden, dass irgendwelche Standards abgesenkt werden. Das ist schlicht falsch.

(Beifall bei der CSU)

Man könnte viel darüber sagen, wie solche Abkommen entstehen. Frau Karl, über Transparenz kann man reden. Aber wenn wir jetzt ein ausverhandeltes Abkommen haben, kann es eine Blaupause für alle anderen Handelsformate sein.

(Zuruf von der SPD)

– Lieber Herr von Brunn, erzählen Sie mir bitte nicht allzu viel. Ich könnte dazu viel sagen; aber was Sie vorschlagen, war mit Verlaub alles schon vorher enthalten. Das nur nebenbei bemerkt. Es war nämlich vorher schon ausverhandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das eine ist das langfristige Wachstum; aber auch das aktuelle Wachstum ist erfreulich. Das Wirtschaftswachstum lag – das wurde heute schon angesprochen – im ersten Halbjahr bei 3,3 %. Das ist übrigens 1 % höher als der Bundesdurchschnitt, der bei 2,3 % liegt. Noch viel wichtiger ist mir immer, dass es im ganzen Land bei den Menschen ankommt. Wir haben keinen Regierungsbezirk mehr, wo die Arbeitslosigkeit eine Vier vor dem Komma hat. Die Spreizung ist deutlich zurückgegangen, und wir haben so viele Menschen in Beschäftigung wie noch nie. 5,3 Millionen Menschen können in Bayern einer Beschäftigung nachgehen. Am allermeisten freut mich – das muss ich sagen –, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit praktisch beseitigt haben.

(Markus Blume (CSU): Sehr richtig! – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass das andere in Deutschland und in Europa auch so sehen, erkennt man daran, dass Menschen nach Bayern kommen, um hier ihre Zukunft zu gestalten. Mir sind in der Tat keine Fluchtbewegungen aus Bayern bekannt. Ganz im Gegenteil versuchen die Menschen, hier ihre Zukunft zu gestalten. Deswegen haben wir in allen Landesteilen Zuzug aus anderen Bundesländern und aus Europa. Die Menschen wollen hier ihre Zukunft gestalten.

Meine Damen und Herren, damit es weiter so gut ist, wollen wir mit dem Haushalt ein paar Rahmenbedingungen setzen. Ich kann mit Sicherheit nicht auf jedes Detail eingehen, das angesprochen worden ist, möchte aber doch noch einmal darauf hinweisen, dass in dem Haushalt wirklich über eine Milliarde Euro stehen, die für die Wirtschaft eingesetzt werden können. Über eine Milliarde Euro sind eine Steigerung um 14 %; Klaus Stöttner hat darauf zu Recht hingewiesen. Wir sind ein sehr starkes Ministerium mit leistungsfähigen Mitarbeitern – das kann ich ausdrücklich bestätigen –, übrigens so leistungsfähig wie die Wirtschaft in Bayern. Das ist gut so.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind auch insofern schlank, als wir die Mittel so einsetzen können, dass sie vor allem bei der Wirtschaft ankommen. In der Tat fließen 40 % der Mittel in Investitionen. Das ist ein Zukunftshaushalt, wie es praktisch keinen anderen gibt. Darauf bin ich stolz, und darüber freue ich mich. Wir werden mit Sicherheit einige Schwerpunkte herausarbeiten können. Das heißt, ich werde sie herausarbeiten, weil sie mir wichtig sind.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon gesagt, dass die Digitalisierung ein zentrales Thema ist. Der Freistaat Bayern – das sage ich ausdrücklich – setzt am meisten bei der Infrastruktur ein. Ich warte immer noch auf Programme der anderen Bundesländer, sehe und höre da aber nichts. Das ist schon das eine, was wir einsetzen. Aber wir setzen vor allem auch auf das Know-how. Das zahlt sich immer mehr aus, weil die Firmen das erkennen, sich immer mehr nach Bayern bewegen und feststellen, dass hier der digitale Bär brummt, so hätte ich fast gesagt. Wir setzen hier Millionen ein und legen jetzt noch etwas drauf, insbesondere im Bereich des Mittelstandes. Der Digitalbonus wurde schon angesprochen. Er ist jetzt freigeschaltet und wird bestimmt bestens angenommen. Das hat zum Beispiel, lieber Herr Glauber, mit Industrie 4.0 zu tun, weil auch er im Mittelstand vorherrscht. Wir werden Industrie 4.0 zum Beispiel in einer Modellfabrik in Bad Neustadt ausprobieren, um das gerade im Mittelstand voranzubringen, und wir werden weitere Plattformen im Rahmen des Zentrums

Digitalisierung Bayern einsetzen, damit nicht nur die digitale Produktion, sondern auch das Digital Engineering vorangebracht wird. Auch da setzen wir Maßstäbe. Wir unterstützen unsere mittelständischen Firmen auch mit einem Center of Diagnostic Excellence, damit sie in der Digitalisierung überhaupt Software-Kompetenz erhalten können. Auch das ist einmalig, das gibt es in keinem anderen Bundesland. Unseren Kompetenzvorsprung werden wir unter anderem in diesem Bereich einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen, Gründer sind mir ein besonderes Anliegen. Da brauchen wir uns vor dem, was in Berlin stattfindet, nicht zu verstecken. Berlin verfolgt eine andere Ausrichtung. Sie ist auch nicht so nachhaltig. Die Firmen, die daraus entstehen, sind kleiner und gehen schneller wieder vom Markt. Ich könnte es ein bisschen flapsig formulieren: Eine App zu programmieren ist einfach ein bisschen etwas anderes als die hochtechnische Leistung, die die Gründer bei uns teilweise erbringen. Deshalb investieren wir in den nächsten Jahren massiv mit 330 Millionen Euro im Gründerbereich. Wir unterstützen die Gründer auch beim Wachstum, zum Beispiel mit unserem Wachstumsfonds. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, er wird so gut angenommen, wie ich es mir selbst nie zu wünschen getraut hätte. Wir haben bei den Haushaltsberatungen – ich kann mich erinnern – gesagt, wir können mit den 100 Millionen Euro Investitionen von 250 Millionen Euro auslösen. Wir haben in diesem Jahr allein acht Projekte – fünf waren das Ziel, nebenbei bemerkt – mit einer Summe von 17 Millionen Euro realisiert. Damit wurden sage und schreibe 127 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst. Wenn Sie jetzt schnell mitrechnen, stellen Sie fest, dass dies ein Verhältnis ist, das etwas höher liegt als 1 : 2,5. Das sind Maßnahmen, die wir voranbringen.

Wir weihen im ganzen Land digitale Gründerzentren ein, um die Potenziale, die im Land vorhanden sind, zu heben. Zuletzt haben wir eines im südbayerischen Raum eingeweiht, in Ingolstadt, und werden noch viele andere einweihen, das nächste, glaube ich, in Bamberg. Wir sehen hier in vielen Bereichen Potenzial. Deshalb sind wir auf einem richtigen Weg.

Digitalisierung gibt es aber auch in anderen Bereichen; deshalb möchte ich – Herr Häusler hat es kurz genannt – das Thema Medien ansprechen. Selbstverständlich unterstützen wir die lokalen Rundfunksender. Herzlichen Dank insbesondere an die Fraktion, lieber Thomas Kreuzer, lieber Peter Winter – ich habe ihn vorhin irgendwo gesehen; dort ist er –, dass Sie unterstützt haben, dass wir nicht nur den Vertrieb, hätte ich fast gesagt, die Aussendung über Satelliten verstetigen konnten, sondern dass wir jetzt auch noch die Umstellung über HD TV voranbringen können und auch DAB+ unterstützen können. Auch das ist ein Bereich der Digitalisierung, der mir sehr wichtig ist.

Nicht zuletzt auch hier geht es um neue Technologien, die sehr viel mit Digitalisierung zu tun haben. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: das Thema Visual Effects. VFX ist mittlerweile in praktisch jedem Film, auch bei den großen Produktionen.

Es passiert nicht so oft, dass man als Wirtschaftsministerin einen Jubelbrief bekommt, wie ich ihn letzte Woche erhalten habe – genau aus diesem Sektor. Man hat gemerkt, dass die Firmen die Produktionen mittlerweile wieder nach Bayern verlegen, weil wir hierfür fast zwei Millionen Euro zusätzlich einsetzten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Das ist mir wichtig, meine liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Bayern ist ein Medienstandort par excellence. Darauf können wir wirklich stolz sein, und wir werden ihn auch weiter fördern, mit neuen Technologien von 360 Grad bis zur Augmented Reality. All das werden wir zukünftig mit 10 Millionen Euro fördern. Das sind Zukunftsthemen, auf die wir setzen, bei denen wir zukünftige Wachstumskräfte auslösen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ein dritter Punkt ist die Technologieförderung, Erwin Huber hat es angesprochen. Die Technologieförderung hat bei uns immer hervorragend funktioniert. Wo ist denn der Herr Stümpfig? Herr Stümpfig hat, glaube ich, noch nicht ganz verstanden, wie Technologieförderung funktioniert. Technologieförderung braucht immer jemanden, der einen Antrag stellt, gemeinsam mit einer Hochschule, dann werden die Mittel abgeru-

fen. Manchmal dauert es ein bisschen; manchmal sind die Mittel auch gebunden. Deswegen kann man das, was Herr Stümpfig hier zur Energieförderung erzählt hat, nur schlicht als nicht ganz realistisch bezeichnen, wenn ich das einmal so sagen darf. Oder Sie kennen sich bei der Technologieförderung einfach nicht aus.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es natürlich einiges, was man vorwärt-sentwickeln kann. Technologieförderung, wie sie jetzt aussieht, ist wahrscheinlich vor 20 Jahren entstanden – vor über 20 Jahren, um es genau zu sagen, Anfang der Neun-zigerjahre. Deshalb werden wir die Richtlinien überarbeiten. Wir haben allein schon zehn verschiedene Richtlinien, die wir auf eine Richtlinie zurückführen wollen, um ge-rade auch die Schnittstellen zwischen den Technologien besser bedienen zu können und nicht das eine oder andere durchs Raster fallen zu lassen.

Wir wollen die größeren mittelständischen Unternehmen mitnehmen, weil sie in man-chen Regionen oft Ankerinvestitionen voranbringen, die bisher nicht gefördert werden können. Das ist Technologieförderung, die uns in der Technologie, im Know-how, in der Qualität weiter nach vorne bringt. Das ist letztlich unsere Zukunftsrettung, weil wir nie die Billigeren waren, sondern die Besseren und die Schnelleren. Das ist Zukunfts-investition.

(Beifall bei der CSU)

Ein vierter Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Tourismus. Irgendjemand hat gesagt, wir würden die Mittel kürzen. Ich weiß nicht, in welchen Haushalt Sie geschaut haben, keine Ahnung. Wir haben die Mittel aufgestockt und werden noch mehr tun. Geplant ist unter anderem eine Premiumoffensive für den Tourismus, mit der wir ins-besondere den Qualitätstourismus voranbringen wollen. Das ist für uns ein wesentli-ches Thema in der Fläche, weil es wieder weitere Investitionen nach sich zieht. Wir werden auch die Seilbahnförderung verlängern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Mütze – wo ist er denn jetzt? Er ist weg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Er muss das Kind nach Hause bringen, ist in Ordnung. Dann sage ich es jetzt an die anderen gerichtet: Auch das sind Investitionen in die Zukunft.

(Unruhe)

– Ja, auch am Riedberger Horn. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Ein Bruch von internationalem Recht ist eine Investition in die Zukunft?)

Wir haben uns in diesem Haus zum Beispiel auch über mein Heimatgebiet, das Sudelfeld, die Köpfe heißgeredet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Leute dort im Sommer mittlerweile in Strömen hinauffahren, um sich das anzuschauen,

(Zuruf von der SPD: Um sich die Schneekanonen anzuschauen?)

und total froh sind, dass sie um diesen wunderschönen Teich herumwandern können. Ich kann Ihnen sagen, das war eine perfekte Investition. Sie wird sich auszahlen, und die Leute vor Ort sind begeistert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion dafür, dass sie bei den Haushaltsverhandlungen im Rahmen der Alpenstrategie zusätzliche Akzente gesetzt hat, lieber Klaus Stöttner, federführend bei dir als tourismuspolitischem Sprecher. Das war sehr wichtig, und ich habe mich auch sehr gefreut, dass Erwin Huber als Nicht-Alpenländer das zusätzlich vorangebracht hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Flachländer!)

– "Nicht-Alpenländer" habe ich gesagt; das andere habt ihr gesagt. Auf alle Fälle bedanke ich mich dafür ganz besonders. Auch das sind Investitionen in die Fläche.

Last but not least, fünfter Punkt, meine liebe Kolleginnen und Kollegen: Regionalförderung. Da geht es wirklich um die gleichwertigen Lebensverhältnisse. Das mache ich mit großer Überzeugung. Allein in den nächsten zwei Jahren sind in diesem Haushalt über 300 Millionen Euro vorgesehen, die wir in der Regionalförderung einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss man auch einmal in Zahlen sagen. Es sind 568 Unternehmen, die hiervon allein im Jahr 2015 profitiert haben. Ich will aber noch etwas Ernstes sagen. Ich habe nicht jeden Förderbescheid persönlich hinausgetragen – nicht, weil ich das nicht gern tun würde,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das macht ein anderer!)

nein, sondern weil es auch ein Punkt ist, der mir schon zu denken gibt, dass es viele Unternehmer gibt, die sich gar nicht mehr trauen, öffentlich zu sagen, dass sie einen Förderbescheid bekommen, da die Neidkultur bei uns mittlerweile schon so vorherrschend ist.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Ach geh!)

– Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist leider wirklich wahr.

(Zuruf von der CSU: Ja!)

Das ist in der Tat so.

(Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen, Frau Staatsministerin! – Unruhe)

Ich will jetzt, weil es wunderbar passt, noch das Thema Steuern ansprechen. Lieber Herr Knoblauch, Sie haben gesagt, "die zahlen alle keine Steuern". Ich kann Ihnen nur

sagen: 10 % der Menschen in Deutschland zahlen 50 % der Steuern und 25 % der Menschen in Deutschland zahlen gar keine Steuern.

(Zuruf von der SPD: Da müssen Sie aber auch die Einkommen dazu nennen und die Vermögen, die sie haben!)

– Das ist alles recht und gut. Es ist nur eine falsche Behauptung, dass sie keine Steuern zahlen würden.

(Zuruf von der SPD: Sie täuschen doch mit solchen Zahlen die Öffentlichkeit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt sage ich dazu noch etwas, und dafür werde ich bis zum Schluss kämpfen: Das Thema Erbschaftsteuer haben wir gut und richtig gelöst, und ich bin heilfroh, dass das jetzt endlich so beschlossen ist.

(Zuruf von der SPD: Aber Steuergerechtigkeit haben Sie nicht hergestellt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist etwas, was Sie, glaube ich, noch immer nicht verstanden haben.

(Zuruf von der CSU: Das wollen Sie nicht!)

Die Stärke unserer Wirtschaft liegt nicht nur in den großen Konzernen, die wir haben, sondern auch in den großen mittelständischen Betrieben.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Die mittelständischen Betriebe sind bei uns Familienbetriebe und sind manchmal etwas größer, sodass sie sozusagen mehr als zehn Millionen Euro in ihrem Betriebsvermögen haben.

(Zuruf von der SPD: Und trotzdem gilt der Gleichheitsgrundsatz!)

Wenn es um den Übergang geht – wir sprechen viel über Gründer, und ich rede gern darüber – und wenn wir durch eine Erbschaftsteuerregelung verhindern, dass überhaupt noch jemand einen Betrieb übernimmt, dann liegt das nicht im Interesse dieses Landes und schon gleich gar nicht im Interesse der Arbeitnehmer in diesem Land.

Deshalb werden wir weiter kämpfen, meine Damen und Herren. Ich bin immer dafür, dass jemand, der etwas verdient, auch Steuern zahlt. Das ist Normalität. Aber Steuern aus der Substanz zu bezahlen hat noch nie funktioniert und war für meine Begriffe schon immer Schmarrn.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es für mich wichtig, dass man die Wirtschaft im Auge behält; denn das sind letztendlich diejenigen, die vor allem die Arbeitsplätze bei uns im Land überhaupt zur Verfügung stellen. Das nutzt vielen, egal ob es junge Menschen sind, die bei uns eine Zukunft haben wollen,

(Zuruf von der SPD: Manager!)

ob es Menschen sind, die als Flüchtlinge zu uns kommen und die wir hier einstellen könnten, oder ob es Frauen sind, die, wie vorhin zu Recht angesprochen worden ist, bei uns bessere Beschäftigungschancen haben als in anderen Ländern.

Nicht zuletzt will ich noch sagen: Auf diese Weise werden bei uns auch Steuern erwirtschaftet: in den Betrieben und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die eine Beschäftigung haben. Die könnten sonst nämlich gar keine Steuern zahlen. Lieber Peter Winter, wir unterhalten uns im Haushaltsausschuss über vieles, aber das können wir alles nur, wenn wir Steuereinnahmen haben. Deshalb ist es oberstes Gebot, dass wir alles tun, damit bei uns im Land die Wirtschaft läuft, sodass sie Wachstumsperspektiven hat und damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns Arbeitsplätze finden können. Das ist unsere Aufgabe.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. Bleiben Sie bitte noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege von Brunn gemeldet. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade ein deutliches Bekenntnis zur Förderung von Schneekanonen zum Beispiel am Sudelfeld abgegeben. Sie haben uns gerade erklärt, dass Sie voll hinter dem Projekt am Riedberger Horn stehen. Sie haben gleichzeitig aber auch von Zukunftsfähigkeit gesprochen. Deshalb würde mich interessieren, was aus Ihrem Ressort für umwelt- und klimafreundlichen Tourismus getan wird. Dazu haben wir bisher noch nicht viel gehört. Was tun Sie denn konkret, um bayerischen Skigebieten, in denen in Zukunft der Schnee ausbleiben wird, zu helfen, damit sie auf umweltfreundlichen Tourismus umstellen können? Wenn Sie uns einige Projekte und konkrete Zahlen nennen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Lieber Herr von Brunn, Sie sagen, Ski fahren ist grundsätzlich nicht umweltfreundlich. So entnehme ich es Ihren Worten.

(Florian von Brunn (SPD): Künstliche Beschneigung ist nicht umweltfreundlich!)

Ich halte das für falsch, abgesehen davon, dass ich eine begeisterte Skifahrerin bin.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens fördern wir mit den Seilbahnen hauptsächlich und vor allem einen Ganzjahrestourismus. Das ist entscheidend. Das nächste Projekt wird die Jennerbahn im Berchtesgadener Land sein.

(Michaela Kaniber (CSU): Danke, Ilse Aigner!)

Damit können auch Menschen mit Behinderung in den Nationalpark Berchtesgaden fahren. Dieses Projekt hat auch etwas mit barrierefreiem Ausbau zu tun. Insofern lasse ich mir von Ihnen nicht sagen, wir würden nichts für den Ganzjahrestourismus tun.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist aber keine Antwort auf meine Frage!)

Übrigens ist auch der barrierefreie Ausbau im Tourismus ein Zukunftsthema, das wir voranbringen wollen. Wir haben es jetzt in zehn Modellregionen auf den Weg gebracht. Die ersten hundert Projekte werden wir auch noch fördern. Das sind wegweisende Projekte. Noch schöner ist es, wenn die Menschen nicht weit wegfahren müssen, sondern im Urlaub bei uns bleiben können, weil wir eine gute touristische Infrastruktur haben.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist schon sehr dürftig!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Eine weitere Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Leiner. Bitte schön.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Frau Ministerin, Ihnen ist wohl nicht entgangen, dass wir GRÜNE das Bergbahnförderprogramm verlängern wollten und dieser Verlängerung zugestimmt haben. Wir wollen aber nicht bis in unbegrenzte Höhen fördern, weil wir die Gemeinden nicht verlocken wollen, weitere Lifte und Bahnen zu bauen.

Damit komme ich zu dem Punkt. Die Liftverbindung zwischen Riedberger Horn und Grasgehren ist eine Neuerschließung, eine neue Liftverbindung. Diese neue Liftverbindung ist somit von einer Förderung ausgeschossen. Wie Sie kürzlich dargelegt haben, wird es keine Förderung für Neuerschließungen mehr geben.

Jetzt frage ich Sie: Können die Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein darauf hoffen, dass sie eine Förderung bekommen? Das wäre eine klare Aussage, denn eine Förderung würde ganz klar Ihren Äußerungen widersprechen.

Die Förderung der Schneekanonen ist kompletter Unsinn. Die Klimasituation zeigt – wir sehen es jetzt wieder bei uns im Allgäu –, dass es überhaupt keinen Sinn macht, diese Verbindung zu bauen, und deshalb sollte sie endlich einmal gestrichen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Ohne Schneekanonen können die Bahnen im Allgäu gar nicht laufen! Völliger Quatsch!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Jetzt komme ich noch einmal zu den Schneekanonen. Sie wissen, dass ich Skifahrerin bin. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die künstliche Beschneigung für die Grasnarbe immer noch besser ist, weil sie sonst mit den Stahlkanten kaputtgemacht würde. Deshalb halte ich die künstliche Beschneigung immer noch für besser.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens fördern wir vor allem die Gebiete, die bisher schon erschlossen sind. Einen Vergleich mit Österreich brauchen wir überhaupt nicht anzustellen. Wir haben ein Minimum von dem, was Österreich hat.

(Florian von Brunn (SPD): Die Zahl der Schneekanonen steigt doch ständig!)

Ich war inkognito auf dem Riedberger Horn und habe es mir genau angeschaut. Ich habe übrigens eine ehemalige Kollegin von Ihnen getroffen. Sie hat es sich auch angeschaut und war ganz verdutzt, weil man die Verbindung wahrscheinlich gar nicht sieht, wenn sie ausgebaut ist. Ich verrate nicht, wer es war. Vielleicht sage ich es Ihnen einmal unter vier Augen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie auch mit den Birkhühnern geredet?)

Es handelt sich um eine Verbindung zwischen zwei Skigebieten. Wie funktioniert die Verbindung jetzt? Man fährt mit Bussen oder Autos hin und her. Ich weiß nicht, ob das ökologischer ist. Für meine Begriffe ist es nicht ökologisch. Irgendjemand hat auch be-

hauptet, wir würden gegen internationales Recht verstoßen. Der Landesentwicklungsplan ist kein internationales Recht.

(Beifall bei der CSU)

Mir kann es nach wie vor niemand erklären; wir nehmen 78 Hektar aus der Schutzzone heraus, dafür bringen wir 240 Hektar an anderer Stelle wieder ein.

(Klaus Stöttner (CSU): 300!)

– 300 sind es. Auf alle Fälle ist es eine deutliche Vergrößerung der Schutzgebietszone C.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber eine neue Seilbahn!)

Ich weiß nicht, ob es Ihnen um einen Glaubenskrieg oder um die Sache geht.

(Beifall bei der CSU)

Meines Erachtens geht es Ihnen um einen Glaubenskrieg.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Aussprache liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13605, 17/14079 mit 17/14088, 17/14033 mit 17/14046, 17/14023 mit 17/14032 sowie 17/14166 mit 17/14186 und 17/14240 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14643 zugrunde.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14643 genannten Änderungen zur An-

nahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich genauso anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 12)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14643 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/13605 und 17/14079 mit 17/14088 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 07 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Industrie 4.0 und die sich daraus entwickelnden Chancen nutzen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14023
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrszügen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/14024
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gigabit-Offensive für den Mittelstand
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14025
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung von Pilotprojekten zur Regionalentwicklung
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14026
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/14027
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14028
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/14029
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
(Kap. 07 05 TG 75 – 78 neuer Tit.)
Drs. 17/14030
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung der HD-Umstellung des lokalen und regionalen Rundfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14031

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung für DAB+-Umstellung des lokalen Hörfunks
(Kap. 07 08 neuer Tit.)
Drs. 17/14032
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Neue Planstellen für die Einrichtung von Servicestellen beim Staatsministerium und den Regierungen zur Unterstützung von Ehrenamtlichen und Kommunen bei der Sicherstellung eines Nahversorgungsangebots
(Kap. 07 01 Tit. 422 01 und Kap. 07 10 Tit. 422 01)
Drs. 17/14033
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Anheben der Zuschüsse an das Kompetenzzentrum Neue Materialien Nordbayern
(Kap. 07 03 Tit. 682 64)
Drs. 17/14034
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Digitalbonus
(Kap. 07 03 Tit. 683 01)
Drs. 17/14035
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung Existenzgründer
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)
Drs. 17/14036
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Bayerischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft
(Kap. 07 03 Tit. 685 78)
Drs. 17/14037
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten
(Kap. 07 03 Tit. 894 52)
Drs. 17/14038
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 17/14039
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Tourismus – Erhöhung der Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/14040
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/14041
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderförderprogramm Dorfläden
(Kap. 07 04 neue TG)
Drs. 17/14042
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/14043
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für die Erstellung von kommunalen Energienutzungsplänen (ENP)
(Kap. 07 05 Tit. 683 77)
Drs. 17/14044

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14045
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 07 08 Tit. 686 07)
Drs. 17/14046
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung
(Kap. 07 03 TG 60 – 61)
Drs. 17/14166
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms „Neue Werkstoffe“
(Kap. 07 03 Tit. 683 62)
Drs. 17/14167
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Förderung von Rüstungsforschung
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 17/14168
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der strategischen Entwicklungs- und Innovationsprojekte
(Kap. 07 03 Tit. 683 66)
Drs. 17/14169
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuwendungen zur Errichtung eines Wachstumsfonds für die Beteiligung an technologieorientierten Start-ups in der Wachstumsphase
(Kap. 07 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/14170
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung des Wissens- und Technologietransfers,
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 07 03 Tit. 686 91)
Drs. 17/14171
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 17/14172
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie
(Kap. 07 03 Tit. 892 64)
Drs. 17/14173
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgabereste aus der Wirtschaftsförderung nutzen, neue Ausgaben senken
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14174
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Aufbau einer zukunftsfähigen technischen IT-Infrastruktur für freie WLAN-Netze in Bayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/14175

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Initiative Mobilfunk
(Kap. 07 04 TG 73)
Drs. 17/14176
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Zuschüsse zum Ausbau und Modernisierung der Seilbahnen
(Kap. 07 04 Tit. 893 78)
Drs. 17/14177
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Mittel für undurchschaubare Modellprojekte im Energiebereich
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 17/14178
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufbau einer Bayerischen Energieagentur
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14179
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gründung von Energieagenturen in allen Landkreisen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14180
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Vorbereitung und Aufbau eines Energieeffizienzfonds
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14181
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte regenerative Kombikraftwerke inkl. Speicher
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14182
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Mini-Blockheizkraftwerke
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14183
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm für Haushalte mit geringem Einkommen: Ersatz von Haushaltsgeräten
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14184
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderprogramm Smart-Grid-Projekte
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14185
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Dauersubventionierung des Lokalfernsehens beenden
(Kap. 07 08 Tit. 683 01)
Drs. 17/14186
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte für mehr Fischschutz in der Wasserkraftnutzung
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 17/14240